

Volkswacht

für Schlesien - Organ für die werktätigen Arbeiter

Stadlverordneten-Versammlung
besonders
Gebühren-Senkung
(siehe Lokalbeilage)

„Volkswacht“ erscheint wöchentlich 6 mal mit den wöchentlichen Beilagen: „Unterhaltung“, „Rundfunk“, „sozialistische Literatur-Rundschau“, „Für die Frauen“, „Arbeiter-Sportbewegung“ und der monatlichen Zeitschrift „Junge Kämpfer“ und ist durch die Haupt-Expedition Flurstraße 4/6, durch die Buchhandlung der „Volkswacht“, Neue Graupenstraße 5; Matthiasstraße 100, sowie durch alle Austräger zu beziehen. — Abonnementpreis im voraus zu entrichten wöchentlich 0.32 Rmf. + 8 Pf. Trägerlohn = 0.45 Rmf., monatlich 1.00 Rmf. + 35 Pf. Trägerlohn = 1.90 Rmf. Durch die Post einschließl. Zustellungsgebühren 2.26 Rmf.

Anzeigenpreis: Je Mill. Text 70 Pf. Familienanzeigen 10 Pf. Kleine Anzeigen 4 Pf. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis vormittags 11 Uhr abgegeben werden. — Fernpostkonten: Breslau 5852.

auswärts 17 Pf. Anzeigen unterhalb 1000 Zeichen, Versammlungs- und Wohnungsanzeigen 4 Pf. Anzeigen für die nächste Nummer durch die Expedition Flurstraße 4/6 oder in den Zweigstellen in Breslau Nr. 21737 und 21739, Reibaktion Nr. 21738, in den Arbeiter-, Angestellten und Beamten, Filiale Breslau, Nr. 21739.

Verlagsort und Hauptgeschäftsstelle Breslau 2 - Unverlangt eingesandte Manuskripte werden nur zurückerstattet. Einzelnummer 10 Pf.

3. Jahrgang

Freitag, den 13. Januar 1932

Nr. 12

Verchwörer!

Die Spekulanten auf das Unglück Deutschlands

Die „nationale“ Politik des Dolchstoßes in den Rücken der Regierung Brüning, die zwischen Hitler und Hugenberg im letzten Tage vereinbart worden ist, wird systematisch geleitet. Herr Fried, der augenblicklich in der NSDAP. für zu sagen hat als Herr Hitler, reist im Lande herum und prophezeit, daß die Regierung Brüning bei den Verhandlungen über die Reparationsfrage eine Niederlage erleiden werde. Herr Fried ist ob dieser Aussicht sehr erfreut. Er seine Freunde wünscht nichts sehnlicher, als daß diese Niederlage eintreten möchte.

Was bedeutet es denn, wenn die Regierung Brüning bei den internationalen Verhandlungen eine Niederlage erleiden würde? Das würde bedeuten, daß die Reparationsfrage wie vor die Welt gerückt und die Gesundheit der Weltwirtschaft aufhört, daß nichts geschehen würde, um die politischen Elemente auszuschalten, die die Krise verschärft haben, daß nach vor für die vielen Millionen Erwerbslose, die es in Deutschland gibt, kein Unglück aufzuheben wird. Eine solche Niederlage wäre ein Unglück für das ganze deutsche Volk. Herr Fried, der das Wort national im Munde führt, prophezeit heute dieses Unglück, und zwar mit höchster innerer Genugtuung. Er prophezeit es, weil er es will!

Das ist noch immer so gewesen, daß die sogenannte nationale Opposition auf das Unglück Deutschlands spekuliert hat. Noch vor haben ihre Männer vor Freude geknirscht, wenn eine solche Regierung bei internationalen Konferenzen nicht das erreichen konnte, das Hoffnungen und Erwartungen im deutschen Volke sich gestellt hatten! Diese sogenannten nationalen Elemente haben kein Gefühl dafür, daß ein internationaler Mißling einer Regierung zugleich ein Mißerfolg für die Sache des Landes und des Volkes ist. Die einfachsten Grundprinzipien wahrhaft nationaler Solidarität werden von der sogenannten nationalen Opposition mit Füßen getreten!

Die um Fried hoffen nicht nur eine Niederlage Deutschlands bei den kommenden internationalen Verhandlungen, sie eilen vielmehr direkt darauf hin. Sie haben nur den Versuch unternommen, die Verhandlungen um die Identifizierung zu einer Aktion gegen die Verhandlungsfähigkeit der Regierung Brüning umzuändern; sie haben vielmehr bereits vor diesen Verhandlungen ausländischen Kreisen gegen die Verhandlungsfähigkeit der Regierung Brüning konspiziert.

Der nationalsozialistische Reichstagsabgeordnete und Chefakteur des „Völkischen Beobachters“, Herr Hugenberg hat jetzt in dem Münchener Naziblatt „Schauung“ aufgestellt, daß Herr Brüning von sehr autoritativer ausländischer Seite darauf aufmerksam gemacht worden sei, daß er ohne Hitlers Unterstützung nicht mehr recht verhandlungsfähig sei, da kein Volk mehr hinter der Regierung stehe. Herr Rosenberg fährt dann fort:

„Mir wurde schon im Dezember 1931 in London von dem dortigen Botschafter eines Großstaates bekanntgegeben, daß mit der jetzigen Reichsregierung keine dauernden Abmachungen getroffen werden könnten.“

Wenn das nicht einfach ruhmrediges Gewäsch ist, so ist es Geständnis von größter politischer Bedeutung. Es würde einen internationalen Skandal von dem Ausmaß enthalten. Wenn Herr Rosenberg recht hat, so ist die Tatsache festzuhalten, daß die Nationalsozialistische Partei ausländischen Kreisen und ausländischen Regierungen konter hat gegen die rechtmäßige deutsche Regierung, die im Interesse des deutschen Volkes in der nächsten Zeit internationale Verhandlungen führen soll. Das wäre ein glatter Verrat an den Interessen des deutschen Volkes, begangen von den Leuten, die sich nationale Opposition nennen!

Es scheint, daß Herr Fried diese Vorgänge im Auge gehabt hat, als er in seinen Reden gegen den Reichkanzler Brüning in diplomatischen Mißerfolg der deutschen Regierung in der Sache der Reparationen angeknirscht hat. Das nationale Propaganda gegen die Interessen des deutschen Volkes wird dadurch noch schärfer beleuchtet! Es geht nicht an, daß die rechtmäßige deutsche Regierung sich gegenüber dieser Sabotage untätig und schweigend verhält. Die Situation ist schwierig und verworren genug. In den Rücken der deutschen Regierung von Leuten, die sich noch national nennen, verrätet wird, diese Verwirrung

noch zu vergrößern, um im Trüben zu fischen, wenn künstlich ihre Autorität von diesen Kreisen unterwühlt werden soll, so muß sie sich sehr energisch dagegen zur Wehr setzen!

Auch Stresemann hat oft genug dies Treiben der sogenannten „nationalen“ Leute erfahren müssen! Auch ihm sollte mehr als einmal in schwierigen Situationen der Dolch in den Rücken gestochen werden. Er hat mit Temperament und großer Entschiedenheit den Intriganten die Mäste abgerissen. Wird Herr Brüning seinem Beispiel folgen oder wird er passiv und schweigend diese Konspiration gegen die Interessen des deutschen Volkes dulden? Es ist endlich an der Zeit, daß er sich wehrt!

Soll die Lausanner Konferenz verschoben werden?

Reichsregierung gegen eine Vertagung - Mussolini für allgemeine Schuldenerleichterung - Auch England soll gegen Zwischenlösung sein

Paris, 14. Januar. (Eig. Drahtb.) Innerhalb der französischen Regierung, welche zurzeit Erwägungen darüber, ob es in Anbetracht der gesamten politischen Lage Europas zweckmäßig erscheint, die Lausanner Konferenz nicht im Januar, sondern mehrere Monate später stattfinden zu lassen. Die Reichsregierung soll über diese Erwägungen durch den deutschen Botschafter in Paris genau informiert sein.

Die Reichsregierung, die sich am Freitag wiederum mit der außenpolitischen Lage und zwar insbesondere im Hinblick auf das Reparationsproblem, die Abrüstungskonferenz und die bevorstehende Ratstagung in Genf beschäftigen wird, ist gegen eine Vertagung der Lausanner Konferenz.

Rom, 14. Januar. (Eig. Drahtb.) Die Donnerstagausgabe des Mailänder „Popolo d'Italia“ enthält einen zweiten Artikel zu der Reparationsfrage, der ebenfalls von Mussolini stammt. In dem Artikel wird zunächst die Streichung der Reparationen und der Schulden gefordert. Die europäischen Staaten müßten mit der Streichung der deutschen Reparationen vorgehen. Dann müßten sie in geschlossener Einheitsfront die Streichung der Kriegsschulden von Amerika verlangen. Dieses Risiko könne Europa auf sich nehmen. Schließlich aber werde

Riesenkundgebung der „Eisernen Front“

30 000 Teilnehmer in Hamburg

Hamburg, 15. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Hamburg hat am Donnerstagabend die gewaltigste Saalkundgebung aller Zeiten erlebt. Die „Eiserne Front“ ist mit dieser Kundgebung vor und von den Massen der Arbeiterschaft geschlossen worden. Die drei größten Säle Hamburgs reichten nicht aus, um die Massen zu fassen. Im Gemerkschaftshaus mußte eine Parallelversammlung durchgeführt werden. Es waren schätzungsweise 30 000 Personen, die sich zu den Kundgebungen eingefunden hatten. Zu den Massen sprachen der Bundesführer des Reichsbanners, Höltermann, und der Führer der Arbeiterpartei, Wilmann.

Der Appell der Redner zum kampfbereiten Zusammenstehen fand überall starke Begeisterung. Zum Schluß der Kundgebung erhoben sich Zehntausende zu einem Hoch auf die eiserne Front.

Die Harzburger gegen Hindenburg

Die verfassungsgerechten Bedenken nur vorgetäuscht

Das Organ der christlichen Gewerkschaften, der „Deutsche“, das über den stark nationalsozialistisch durchsetzten Handlungsgeschäftsbund gute Beziehungen zur Rechten besitzt, enthält in seiner Donnerstag-Ausgabe, daß die Harzburger bereits am 3. Januar, also vor der Aktion Brünings zur Wiederwahl Hindenburgs durch das Parlament, beschlossen haben, sich gegen jede Wiederwahl Hindenburgs auszusprechen. Das Blatt fügt dieser Feststellung hinzu, daß die Harzburger selbst nach einem Sturz Brünings nicht für Hindenburgs Wiederwahl eintreten würden.

Diese Enthüllungen sind ein weiterer Beweis für die Verlogenheit der „nationalen“ Opposition. Ihre „verfassungsgerechten“ Bedenken gegen die Wiederwahl Hindenburgs durch das Parlament sind nur vorgetäuscht.

Der Wahnsinn des Kapitalismus

Kaffee wird als Brennmaterial benutzt

Newyork, 15. Januar. (Eig. Funtrib.) Die Stadtverwaltung von Santos (Brasilien) hat beschlossen, eine Million Säcke Kaffee als Brennmaterial für die häuslichen Gaswerke zu verwenden. In der gleichen Stadt bzw. ihrer Umgebung wurden in letzter Zeit bereits Millionen Zentner Kaffee als Heizung für die Lokomotiven verwendet.

Englands Industrie will die Sozialleistungen kürzen

London, 14. Januar. (Eigener Drahtbericht.)

Der Reichsverband der britischen Industrie empfiehlt der englischen Regierung eine weitere Kürzung der sozialen Leistungen. Die englische Industrie kämpft unter der Last der direkten Besteuerung nicht erwidert. Sie müsse daher reduziert werden, was nur möglich sei durch eine Einschränkung der sozialen Leistungen.

Die Harzburger bestätigen die Behauptung des „Deutschen“

Die Behauptung des Organs der christlichen Geistesfront, daß die Harzburger sich bereits am 3. Januar, mehrere Tage vor der Ausrückung Brünnings, den gegenwärtigen Reichspräsidenten durch das Parlament widerzulegen, entschlossen hätten, diesem Ansinnen unter keinen Umständen zu entsprechen, wird weder von der Hugenberg-Liste, noch von einem anderen Organ der Harzburger bestätigt, noch gar dementiert. Das ist die Behauptung, daß die Behauptung stimmt und die von Harzburgern gegen die Wiederwahl Hindenburgs durch das Parlament angeführten „verfassungsmäßigen“ Bedenken unzulässig sind und in der Verlegenheit als Ausflucht erfunden sind.

Harzburger Front eine Altrappe

Die Harzburger Front sieht in Wirklichkeit nur ein auf dem Papier. Zwar tun Hilfer und Hugenberg bei Gelegenheit noch so, als ob es so etwas wie eine Harzburger Front immer noch gibt. Die Praxis aber zeigt, diese Front gar nicht mehr existiert. Erst dieser Tage in die verschiedenen Antworten Hilfers und Hugenbergs zu Frage einer eventuellen Wiederwahl Hindenburgs durch das Parlament ergeben, wie es um die Harzburger Front bestellt ist. Hilfer und Hugenberg, Berliner Sozial-Anwalt, einen neuen Beweis dafür, daß die Harzburger Front nur noch als Altrappe zu werten ist und nichts mehr ist. Das Blatt schreibt in seiner Donnerstag-Abend-Ausgabe:

Die Wahlen der Amtshauptleute in Mecklenburg, von denen die in Rostock noch aussteht, haben eigenartige Momente ergeben. Von einem Zusammengehen nationaler Opposition war herzlich wenig zu hören, da die Nationalsozialisten überall dort, wo sie die absolute Mehrheit verfügten, von ihr einen wenig rühmlichen Gebrauch gemacht haben. So kam es, daß z. B. in Rostock der der Rechten angehörende Amtshauptmann zu den nationalsozialistischen Kandidaten fiel, und in Rostock deutschnationalen Kandidaten ein nationalsozialistischer Kandidat entgegengestellt ist. Besonders trüb liegt der Fall Wismar. Trotz der dringlichen Vorstellungen der Rechtsorganisationen, vor allem der Bauern, zu den bisherigen Amtshauptmann Ried, gegen dessen Jachtingung nicht das geringste von den Nationalsozialisten gebracht werden konnte, wählten diese einen Parteigenossen München. Man stelle sich die Unterhaltung des Bayern den mecklenburgischen Bauern vor! Für den Kreis bedeutet Wahl auch eine finanzielle Belastung, da nunmehr den bisherigen langjährigen Amtshauptmann Pension zu werden muß. Diese „Abjüngung“ ist die Bezeichnung, die in den Zeiten, wo Mecklenburg noch rot war, aus seiner Kgsinnung nie fehl gemacht hat. Dafür wurde in Wismar den Nationalsozialisten der frühere rote Amtshauptmann wiedergewählt, der zwei Wochen vor den Amtsvertretern von den Sozialdemokraten zur RSDAP übergetreten war. Man hatte eigentlich gedacht, daß die Zeiten der Parteienpolitik der Vergangenheit angehört hätten. So urteilen Harzburger über Harzburger. Wie richtig sie sich und ihre „gemeinsame Front“ dabei machen, das sie selber gar nicht zu erfassen.

Großwahltag am 8. Mai

Außer in Preußen, dessen Parlament am 8. Mai neu gewählt werden dürfte, werden im Mai auch in Württemberg und in Anhalt Landtagswahlen stattfinden. In Württembergischen Landtagswahlen und die in Anhalt ebenfalls am 8. Mai vorgenommen werden.

Patriotischer Gardeverein betrugt Handwerker

Der Berliner schwarz-weiß-rote Gardeverein ist in äußerster peinliche Lage geraten. Seit etwa 1 1/2 Jahren ist auf dem Gelände der früheren Pressa-Ausstellung in ein Garde-Erholungs- und Ferienheim. Die Planung für dieses Heim hat der Gardeverein betrieben, Geländekauf das Haus der Vorstände des Gardevereins. Er erteilte auch Aufträge für den Umbau und die Einrichtungen. Die Handwerker haben noch Forderungen von etwa 45 000 Mark. Jetzt, da auf Bezahlung drängen, stellt sich heraus, daß nicht der Verein, sondern ein eigens zum Zweck des Gardeheims gegründeter neuer Verein, der über keine Mittel verfügt, im juristischen Sinne Besitzer und Auftraggeber angeblich sollen nicht einmal Gelder vorhanden sein, um den Umbau im Frühjahr wieder aufnehmen zu können. Die kleinen Handwerker werden also das Nachsehen haben, das bei einem hochpatriotischen Gardeverein!

Die Gerüchte über neue Steuern

Verhandlungen zwischen dem Reichsfinanzministerium und Vertretern der Städte über die Finanzierung der kommunalen Wohlfahrtsarbeiten haben in letzten Tagen zu zahlreichen Gerüchten über neue Steuererhöhungen geführt. Es ist allerdings von der Erhöhung der Umsatzsteuer, von neuen Gehaltskürzungen und ähnlichen Maßnahmen die Rede. Dabei handelt es sich jedoch, wie häufig hervorgehoben werden muß, in erster Linie um die der interessierten Kreise. Tatsächlich ist die Situation, daß das Reich keineswegs gewillt und nicht in der Lage ist, Gemeinden über den ihnen bereits zur Verfügung gestellten Betrag von 230 Millionen hinaus die Wohlfahrtsarbeiten abzugeben. Ebenfalls kommt zu diesem Zweck eine Erhöhung der Einkommensteuer oder gar ein Abbau der Biersteuer bzw. anderer Steuern in Frage.

Reize Lumpen!

140 Nazis überfallen 8 Kommunisten. Neue Untaten der Nationalsozialisten werden dem Kreise Querfurt gemeldet. In Querfurt überfielen des Nachts mehrere bewaffnete nach Hause gehende Arbeiter. In Querfurt an der Straße hielten 140 Nationalsozialisten, die teilweise von auswärts herangezogen waren, über acht kommunistische Arbeiter fest. Umhandeln sie mit Stöcken, Stahlruten und mit Knütteln schwer. Außerdem drangen sie in Arbeiterwohnungen ein, wobei mehrere Fenster zertrümmert wurden.

Paris, 14. Januar. (Eigener Drahtbericht.)

Ministerpräsident Laval erklärte Briand am Donnerstag-Nachmittag nochmals, der Regierung seine Dienste in irgendeiner Form weiter zur Verfügung zu stellen. Am Vormittag hatte Briand zahlreiche Persönlichkeiten empfangen, darunter auch den englischen Botschafter Lord Tyrrell, die ihm ihr Bedauern über sein Ausscheiden aus der Regierung aussprachen und ihm schnelle und vollständige Wiederherstellung wünschten. Der Präsident der radikalen Partei, Herriot, überbrachte Briand folgende von den radikalen Fraktionen des Senats und der Kammer angenommene Kundgebung: „Die radikale Partei drückt kritische Briand ihr Vertrauen aus und erklärt mit Nachdruck, daß sie stets der Politik des Friedens und der Annäherung der Völker treu bleiben wird, die er verteidigt hat.“ Briand wird sich in diesen Tagen auf längere Zeit auf sein Landgut in Comberl zurückziehen. Er wird insoweit an der Interpellationsdebatte über die Politik und die Zusammensetzung der Regierung, die am nächsten Dienstag in der Kammer beginnt, nicht teilnehmen.

Paris, 14. Januar. (Eigener Drahtbericht.)

Die sozialistische Kammerfraktion hielt am Donnerstag eine Sitzung ab, in der die Meinungen über das neue Kabinett ausgetauscht wurden. Die Fraktion beauftragte Léon Blum und Trojard, Interpellationen über die Außenpolitik bzw. über die Zusammensetzung und die allgemeine Politik der Regierung einzubringen.

Die Pariser Presse über das neue Kabinett Laval

Paris, 14. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Die nationalsozialistische und gemäßigte Presse Frankreichs ist mit der Zusammensetzung der neuen Regierung sehr zufrieden.

Das „Echo de Paris“ schreibt: „Wenn man alles genau abwägt, muß man feststellen, daß die Krise keinen schlechten Ausgang genommen hat. Die vollkommene Loyalität, die Laval gegenüber seiner Mehrheit in einer schwierigen Sachlage gezeigt hat, wird die Bande, die die Mehrheit mit ihm verknüpft, noch mehr befestigt haben.“ Der „Temps“ erklärt, Laval werde fortfahren, den Geist der Loyalität und des Ehrgeizes, den er besitzt, den Interessen des Landes dienlich zu machen. Im Kabinettsministerium werde Tardieu auf dem von Maginot glänzend vorgezeichneten Weg seine unbestreitbare Fähigkeit an Willen, Entschlossenheit und Realismus zur Anwendung bringen. Die Männer wechseln, aber das Werk und die Tradition bleiben dieselben.

Die radikale und die sozialistische Presse wendet sich gegen das Ausscheiden Briands, das sie als eine Ausbohrung bezeichnen. Der „Soir“ erklärt, der Rückschlag des Ausscheidens Briands werde besonders im Auslande ungeheuer groß sein. Man werde, wie nach der Präsidentschaftswahl von Versailles, behaupten können, daß die französische Außenpolitik dadurch nicht berührt werde. Es werde aber schwer sein, diese Ansicht durchzuführen. Die Weisheit der beiden Ereignisse bringe im übrigen einen formellen Willen zum Ausdruck. Keine Rechtsstimme werde jetzt dem Kabinett Laval fehlen. Der sozialistische „Populaire“ bemerkt ironisch, man empfinde eine patriotische Freude über die Zusammensetzung der neuen Regierung; Frankreich werde von heute an freier atmen.

Briand hält Laval hin

Paris, 15. Januar. (Eig. Funterbericht.) Im Anschluß an die gestrige Unterredung zwischen Laval und Briand wurde ein Communiqué veröffentlicht, in dem es heißt: Briand hat Laval gegenüber zum Ausdruck gebracht, wie sehr er für die lebhafteste Bitte, seine Arbeitstätigkeit weiterhin zur Verfügung zu stellen, empfänglich sei. Er hat ferner erklärt, daß er durch seine juristischen und diplomatischen Mitarbeiter die Form prüfen lassen werde, in der seine Mitarbeit in Erwägung gezogen werden könnte.

Waffenfunde bei Kommunisten

Hagen i. Westf., 15. Januar. (Eig. Funterbericht.) In Hagen wurden von der Polizei in einer Privatwohnung ein Zentner Dynamit, 400 Sprengkapseln, 200 Handgranaten, 2 Militärgewehre (Modell 98) und ein Militärkarabiner (ebenfalls Modell 98) mit der dazugehörigen Munition beschlagnahmt. Im Zusammenhang damit wurden bisher drei Mitglieder der kommunistischen Partei bzw. der KPD, nahestehende Personen verhaftet. Der beschlagnahmte Sprengstoff stammt aller Wahrscheinlichkeit nach aus Vorhalle und Gesede, wo in letzter Zeit wiederholt größere Mengen Sprengstoff gestohlen worden sind.

Daß wiedergewählt

Der bisherige Vorsteher der Berliner Stadtverordnetenversammlung, der Sozialdemokrat Haß, wurde am Donnerstag mit 100 von 199 gültigen Stimmen wiedergewählt. Von den 99 Stimmen entfielen 57 auf einen deutschnationalen Kandidaten und 42 auf den Kommunisten Pied.

Verföhnliche Geste Englands an Indien

London, 14. Januar. (Eig. Drahtbericht.) Der Minister für Indien, Sir Samuel Hoare, umriß am Donnerstag nachmittags in einem der Presse gegebenen Interview die englische Indienpolitik im Lichte der jüngsten Ereignisse.

Hoare verteidigte die scharfen Ermächtigungsgeetze, die Verhaftungen und sonstigen gewalttätigen Unterdrückungsmaßnahmen gegen die Kongreßpropaganda. Diese seien unvermeidlich gewesen für eine Regierung, die überhaupt des Namens Regierung wert ist. Gleichzeitig aber versicherte der Minister, daß die Regierung bereit sei, mit dem Kongreß über die künftige Verfassung Indiens zu verhandeln, wenn dieser die Grundlagen des gegenwärtigen Regimes in Indien anerkennen wolle. Er sprach die Hoffnung aus, daß die leeren Stühle bei den Verhandlungen der Kommission, die die Einzelheiten der neuen Verfassung für Indien auszuarbeiten solle, bald besetzt würden.

Man darf in diesen Versicherungen des Ministers einen Olivenzweig sehen, den die englische Regierung dem Kongreß entgegenhält. Die scharfen Notverordnungen sollen auf keinen Fall länger als nötig in Kraft bleiben.

Frankreichs Sozialisten gegen das Dreier-Schandurteil

Die französische sozialistische Kammerfraktion hat in ihrer am Donnerstag abgehaltenen Sitzung einstimmig eine energische Protestkundgebung gegen die

Verurteilung der polnischen Linksparlamentarier angenommen, in der es u. a. heißt:

Die sozialistische Fraktion brandmarkt die Skandalöse Justizparodie, die sich vor dem Warschauer Gericht abgespielt hat und die eine Herausforderung an die Wahrheit und die Freiheit bedeutet. Sie stellt fest, daß die Debatte dieses großen politischen Prozesses, der einen tiefen Widerspruch im Herzen aller Demokraten finden wird, vor allem die Verantwortlichkeiten des von Marshall Pilsudski eingerichteten Diktatur-Regimes ins Licht gerückt hat. Sie übermittelt den Verurteilten, die neue Märtyrer des Rechts sind, und die sogar vom Gerichtshof wegen der Größe der ihrem Lande geleisteten Dienste gelobt worden sind, den Ausdruck ihrer brüderlichen und herzlichen Sympathien.“

8 Monate Abrüstungskonferenz?

USK-Regierung glaubt, daß sie solange dauern wird. New York, 15. Januar. (Eig. Funterbericht.) Der Auswärtige Ausschuh des amerikanischen Senats hat für die amerikanische Delegation zur Abrüstungskonferenz einen Betrag von 450 000 Dollar bewilligt. Vor dieser Bewilligung ließ die Regierung erklären, daß die Konferenz nach ihrer Meinung mindestens acht Monate dauern werde. Der bekannte Senator Borah opponierte gegen die Bewilligung der Summe, und zwar mit der Argumentation, daß die für die Abrüstungskonferenz erforderlichen Beträge als „hinausgeworfenes Geld“ zu betrachten seien.

Paris, 15. Januar. (Eigener Funterbericht.)

Ministerpräsident Laval hatte am Donnerstag Abend eine Unterredung mit Paul Boncour über die bevorstehende Abrüstungskonferenz. Da die französische Delegation für die Konferenz noch nicht ernannt ist, sagt man aus dieser Unterredung, daß Paul Boncour zum Mitglied der Delegation ausersehen ist.

Hoover kandidiert wieder

Washington, 15. Januar. (Eig. Funterbericht.) Der amerikanische Generalpostmeister erklärte am Donnerstag, daß Hoover auch für die nächsten Präsidentschaftswahlen als Kandidat vorgeschlagen werde. Hoover kandidiert damit zum zweiten Mal für die Präsidentschaft.

Bermischtes

Ein Vierteljahr Sklarek

Die Berliner Sklarek-Verhandlungen haben jetzt die Dauer eines Vierteljahres erreicht. Ein Ende ist vorläufig noch nicht abzusehen. In der Donnerstag-Sitzung kam es bei der Erörterung der „stillen Session“ der Stadtbank zu lebhaften Auseinandersetzungen zwischen Leo Sklarek und Stadtbankdirektor Hoffmann. Die Sklareks erhielten auf ihre Lieferungen an die Bezirksämter Vorschüsse der Stadtbank, ohne daß die Bezirksämter von diesen Vorschüssen in Kenntnis gesetzt worden waren. Es bestand also keinerlei Kontrolle. Stadtbankdirektor Hoffmann versuchte zu beweisen, daß er zu seiner Vertrauensseligkeit den Sklareks gegenüber berechtigt war.

Fränkischer Freitod

Auf einer Chaussee im Grunewald bei Berlin wurde der 22 Jahre alte stud. jur. Hans Walter Bahn in einem Auto erschossen aufgefunden. Polizisten stellten fest, daß Selbstmord vorliegt. Hans Walter Bahn ist ein Sohn des bekannten Berliner Rechtsanwalts Walter Bahn. Ueber das Motiv des Freitodes des sehr begabten jungen Mannes, der in einigen Jahren Sojus seines Vaters werden sollte, ist nichts bekannt. Der Vater des Toten ist einer der Verteidiger im Sklarek-Prozess. Als ihm während der Donnerstag-Verhandlung die Ungläubsbotschaft überbracht wurde, sprach der Vorstehende die Vertagung auf Freitag aus.

Abtreibungs-Prozess

Vom Schörrichter Euben wurde der Glasmachermeister Ehler aus Fürstberg wegen gewerbsmäßiger Abtreibung zu einem Jahr sechs Monaten Zuchthaus verurteilt. Zwei Mitangeklagte erhielten je drei Jahre und zehn Monate Gefängnis. Elf angeklagte Frauen und Mädchen, bei denen Eingriffe vorgenommen worden waren, erhielten unter Zuhilfenahme mildernder Umstände und bei Gemäßung von Strafaussetzung Gefängnisstrafen von drei Tagen bis zu vier Wochen.

Das ist ein „Brod“

Ein bei der Brodenlammlung der Wülheimer Wohlfahrtsstelle beschäftigter Kölner Koloniarbeiter entdeckte in dem Geheimfach eines alten ihm zur Aufarbeitung übergebenen Sekretärs Goldpfnadbriefe und Nachkriegsanleihen im Wert von über 200 000 Mark. Als der Finder der in Bonn ermittelten Erbin die Erbschaft für 50 000 Mark verkaufen wollte, wurde er von Kriminalbeamten verhaftet. Die Erbin, eine in amtlichen Verhältnissen lebende Witwe, wird in den Besitz des ihr nachweislich zustehenden Vermögens kommen.

Die gestohlene Handchrift

Aus der Jerusalemer El-Gha-Moschee (Oma-Moschee) wurde ein 800 Jahre altes Koran-Pergament gestohlen. Es handelt sich um ein in klassischer Arabisch abgefaßtes Manuskript von außerordentlich hohem Wert.

Stirne in England

In der letzten Woche sind in London und in großen Städten Englands 412 Todesfälle infolge von Influenza eingetreten. In der Vormwoche betrug die Zahl der Todesfälle 240, in der Nachwoche 140.

Großes Diamantensfeld im ehemaligen Deutsch-Ostafrika entdeckt

Wie dem Mineralkommissar in Dar es Salaam gemeldet wurde, ist ein Diamantenvorkommen entdeckt worden, das angeblich das größte in Afrika sein soll.

Gegen Röte der Hände und des Gesichts

Die Hautfarbe verwendet man am besten die schneeweiße Creme Leodor, die gleich eine vorzügliche Unterlage für Puder ist. — Die kühlende und heilende Wirkung tritt besonders in Erscheinung, wenn Hände und Gesicht durch Einwirkung der Kälte stark gerötet sind. Bei spröder und aufgesprungener Haut, insbesondere bei dem so lästigen Juckreiz der Winterzeit, die Creme vorzügliche Dienste. In allen diesen Fällen trägt man sie in dünner Schicht auf und wiederholt dies mehrmals täglich, abends in stärkerer Schicht. Der nachhaltige Duft dieser Creme gleicht einem tausch gepflanzten Frühlingstrauch von Magnolien, Veilchen und Rosen, ohne jenen berüchtigten Moschusgeruch, den die vornehme Welt verabscheut. — Leodor-Creme, rote Packung; Leodor-Fett-Creme, blaue Packung. — Whomam unterirdisch durch Leodor-Edel-Sette. — Unter-Vorkriegspreise. — In allen Chloroform-Verkaufsstellen erhältlich.

STADTHEATER

Freitag 19.30 bis gegen 23
Die Blume von Sabwall
 Samstag 20.-22.45
 Abends 8.30 G. 9
Manon Lescaut
 Sonntag 14.30 - 17.15
 (Ermäßigte Preise)
Sohnanns Erzählungen
 19.30 bis gegen 23
Die Blume von Sabwall

LOBETHEATER

Täglich 20.15 - 22.30
Der Schwierige
 Sonntag 15.30
Der Himmelstüchtl

THALIATHEATER

Täglich 20.15 - 22.15
Frauen haben das ge...
 Sonntag 15.30
Robinsons Abenteuer

Schauspielhaus

Freitag 8 1/2 Uhr letzte Aufführung
Fräulein im Wienerwald
 mit E. Stens populär. Komiker
Josel Egger
 Sonnabend u. täglich 8 1/2 Uhr
 neu einstudiert

Das Dreimäderlhaus

mit Heinrich Facher
 von der Volksoper in Wien
 u. d. anderen Wiener Bühnen

Circus Busch

Heute 4 1/2 und 8 1/2 Uhr
Abschieds-
Vorstellung
 des erfolgreichen
 Eröffnungs-Programms
 Morgen 4 1/2 und 8 1/2 Uhr
 vollständig neues
 Programm
 Benutzen Sie den
 Vorverkauf!
 Ruf 291 35

Kommen Sie jetzt zum großen Mantel-Verkauf

Wenn je ein Zeitpunkt günstig war, in einer gewaltigen Auswahl den guten, preiswerten Mantel zu finden, den Sie suchen — — — dann ist es jetzt bei mir. Schon ein Blick in meine Schaufenster zeigt Ihnen, wie leistungsfähig ich bin

Der moderne Herren-Ulster

mit und ohne Gurt zu tragen.

39.- 25.- 16.75 11.95

Der moderne Ulster-Paletot

in dunkelblau meliert und anderen herrlichen Farben

36.- 24.- 19.- 14.75

Der solide Paletot

mit Samtkragen, in Eskimo und Marengo, mit K.-seidenem Steppfutter

52.- 35.- 29.- 22.-

Ein Posten Lodenmäntel

für Herren und Knaben

26.- 19.50 15.75 9.75

Auch starke Herren finden bei uns das Passende!

Ein Posten Modell-Mäntel für den verwöhntesten Geschmack, bester Maßersatz **49.50**

Jeder Käufer erhält einen Notrabatt von 10% in bar



L. Prager

Albrechtstr. 51

Eingang nur Ecke Schuhbrücke

Zahlungserleichterung durch die Kunden-Kredit-G.m.b.H., Gartenstraße 67

Wänder Auktion
 Mittwoch, den 20. Jan
Reihhaus Grundmann
 Trebnitzer Straße 21
Trad: Mohar...
Leihweise
 Smoking, Gehrock, Kapphüte + Tel. 576
Derbetten
 15.-, 20.-, 25.- u. 30.-
 Raffen 5.-, 6.- u. 7.50
Reihhaus Delsnerstr.
Gelegenheitskau
 Stuhlbau-Schlaftru
 180 breit mit Feil
 tollere billig zu verkau
Strähler für Kisten
Uranic
 12 Monatshefte
 und 4 Bücher
Der Reolator
Kosmos
 zu haben durch die Geschäfte
 u. Zeitung u. die Zeitschriften

Buchhandlung VOLKSWACHT

Modernes Antiquariat
 BRESLAU
 Wozze Grapenstraße 3

Spielplan der Breslauer Lichtspielhäuser

Apollo Lichtspiele Adalbertstraße 1 Beginn 4 Uhr Bitte besuchen Sie die ersten Vorstellungen Ab heute in beiden Theatern der große Ufa-Teatral Der Kongress Ianzf mit Lillian Harvey und Willy Fritsch Dazu das bekannte Beiprogr. Jeder nütze die Gelegenheit Sonntag: Große Jugendvorstellung	Odertor Lichtspiele Weinstraße 53/55 Beginn 4 1/2 Uhr Ab heute bis Donnerstag Liane Haid, Walter Janssen 8 Akte Ferner: Tom Mix Halle - Cheyenne Dazu: Lustspiel, Kulturfilm u. Fox lebende Wuchenschau Sonntag: Er. Jugendvorstellung	Hansa Lichtspiele Matthiassstr. 69/71 Ab heute bis Donnerstag Liane Haid, Walter Janssen 8 Akte Ferner: Tom Mix Halle - Cheyenne Dazu: Lustspiel, Kulturfilm u. Fox lebende Wuchenschau Sonntag: Er. Jugendvorstellung
---	---	--

Primus PALAST

Hohenstraße 10

Das Schönste und Lustigste, was uns bisher der Tonfilm brachte!

Lillian Harvey
das süßeste Mädel der Welt

Felix Bressart
der größte deutsche Komiker

Harry Liedtke
der Held aller Mädchenträume

im entzückendsten Ton-Lustspiel

Nie wieder Liebe

Ein Film, der viel und jedem etwas gibt, der die Augen entzückt, die Ohren umschmeichelt, die Sorgen vergessen läßt

Außerdem:
Ufa-Wochenschau
 Anfangzeiten: Täglich 1/2 5 Uhr
 Erwerblos halbe Preise

Sonntag 3 Uhr:
Große Jugend-Vorstellung
 Wildwest-Abenteuer mit Fred Thomson

Achtung, Hausfrauen! - In diesen Freitag und Sonnabend: Ausnahmepreise!

- prima **Knochenwurst** Pfd. 55 Pf.
- prima **Schlesische (Polnische)** Pfd. 75 Pf.
- 1 Paar Wiener** 8 Pf.
- prima **Junges Schmerlfisch**, ohne Knochen, Pfd. 80 Pf.
- prima **Häbelsch**, mit Knochen.. Pfund von an 60 Pf.
- ohne Knochen.. Pfund von an 90 Pf.
- Schweinchaud**, mit Beilage Pfd. 55 Pf.
- Schulter und Schabracken**, mit Beilage Pfd. 85 Pf.
- Weickeiten** Pfd. 70 Pf.

Weiteres siehe Auslage! 153

Felix Jacob, Fleischermeister

Hauptgeschäft u. Fabrik: Galkhornstr. 39 = Lautenstr. 49
 Fürstentor 2, Ecke Brigittenal = Matthiassstr. 125, früher Matthiassstr. 177

WELTBÜHNE

Friedr.-Wilh.-Str. 35

ASTORIA-PALAST

Fürstentorstraße 32

W. 5, So. 3, letzte Vorst. 8 1/2

W. 4 1/2, So. 3, letzte Vorst. 8 1/2

Extra-Ehrenwoche für Siegfried Arno

Ein toller Tonfilm-Ult

Schützenfest in Schilda!

Hauptrolle: **Siegfried Arno**

als falscher Maharadscha von Nephroten und Ehren-gast der Schildaer Schützengilde.

Sei lachen Tränen!

Ferner:

Die große Liebe Ein Film von Schöngel und Liebo Auf der Bühne: 2 Avanti	Invaden im Weltreich 6 Akte Sensation. Auf der Bühne: Walter Pate
---	---

Die besten Lederhosen

billig und haltbar, keine alle anderen

Schubbehaufnisse!

Wird nur in der Brauereiquelle aller Bekleidungs bei

Walter Henke

Reinhardt 21

Bitte

bei allen Einkäufen stets die Inserenten unserer Zeitung zu berücksichtigen

ATLANTIK

Gräbener Straße 74 Tel. 58508

Die große Lustspielwoche. Von Freitag bis Montag

Max Adalbert in dem Tonlustspiel von Qualität

Mein Herz schuf sich nach Liebe

(Der Hallscher)

Ein Film von hinreißender Komik und zündenden Schlagern mit

Irada Berlin, Ernst Vorkes, Marianna Winkelstein

Dazu: Tagesdes Beiprogramm

Von Dienstag bis Donnerstag

Die zweifelhafte schillernde Militäropose

Wenn die Soldaten

mit Hermann Thring / Charlotte Astor / Otto Wallburg

Dazu: Tagesdes Beiprogramm

Auf der Bühne zu beiden Programmen:

Die Truppe Jogimar

russische Ensemble-Balalaika-Tanz-Aktrobatik

Straffache

gegen Medaieur Walter Ludwig in Breslau, Waldenburg in Schlesien, wegen Verhöhnung. Schöffengericht in Breslau hat am 19. September für Recht erkannt:

Der Angeklagte wird wegen öffentlicher Verhöhnung zu einer Geldstrafe von 80 (Achtzig) Reichsmark, ersatzweise zu 8 (Acht) Tagen Gefängnis zur Tragung der Kosten des Verfahrens verurteilt. Der verfügbare Teil des Urteils ist auf Antrag Verteidigten des Reichswehrministeriums Groener, die einem Monat seit Kenntnis der Rechtskraft, ein in der „Volkswacht für Schlesien“, auf Kosten Angeklagten, öffentlich bekanntzumachen. Sämtliche Exemplare der Nr. 119 des 41. Jahrgangs „Volkswacht für Schlesien“ sowie die zu ihrer Stellung bestimmten Platten und Formen sind dem im § 41 StGB. bestimmten Umfang umzubringen zu machen.

Breslau, den 12. Januar 1932

Der Oberstaatsanwalt.

Der Wahre Jaco

Sozialdemokratisches Werk

Zu haben in den Volksbuchhandlungen und bei

Zeitungsträgern

Preis 30 Pf.

ZENTRAL

Theater - Westendstr. 20

Am Donnerstag, 21. Januar, nicht mit der

schon erwähnten deutschen Tonfilm-Operette

Walkerparadies

Lachen, Stimmung, Witz und Liebesgeschick

wieder bei uns ein. Ein Film voll neuer und

aber, doch erst jünger Wiener Melodien mit

Charles Sorel, Jessi Walters, Betty Bird, Ernst Vorkes,

Sally Siskal, Gert Thoma, Paul Richter

In Beiprogramm: Red Cross, Red Elder, die

schon erwähnte Operette in dem Ufa-Film

Der Fliegende Holländer von Iwan

Es folgen: Wochenschau - Volles Orchester! Beginn 19.30, letzte Vorstellung 8 1/2 Uhr

Stadtverordneten-Versammlung beschließt Gebührensenkung!

Dauer-Sitzung des Stadtparlaments über Mitternacht hinaus

Bürgerlicher Stadtverordneter-Vorsteher infolge der Spaltung — er gibt bereits in der ersten Sitzung bei wichtiger Vorlage den Ausschlag — Gaspreis auf 0.18 RM., elektrischer Lichtstrom auf 0.45 RM., Straßenbahnfahrpreis auf 0.15 RM., Wasserpreis auf 0.28 RM. herabgesetzt — Ausgedehnte Geheimsitzung — Der Vertrag mit Langermann genehmigt — Lächerliche Agitation der SAP.

Die gestrige Tagesordnung war zwar nur sehr kurz, trotzdem laucht es nicht zu verwundern, daß die Stadtväter erst gegen 1 Uhr nachts die Stätte ihrer Unwirksamkeit verlassen. Denn der SWP. haben wir eben eine neue Partei, die reduzierlich (aber nicht rechnerisch) alle zur Debatte und nicht zur Debatte stehenden Probleme zu lösen bemüht ist. Man bezeichnet das Stadtparlament als Schwachbude, also schwächt man drauf los. Die Kommunisten sind bereits ganz ins Hintertreffen geraten. Die Arbeiterpartei aber durch die Tätigkeit der Spaltes praktisch hinkommt, dafür hat gleich die erste Sitzung im neuen Jahre ein schlagendes Beispiel geliefert. Stärkste Partei sind jetzt die Deutschnationalen mit 19 Mandaten, während unsere Partei zur Zeit infolge der Spaltung nur 18 hat. Nach parlamentarischen Brauch wurde also gestern zum Vorsteher der Deutschnationalen Friedrich mit 64 von 85 abgegebenen Stimmen gewählt. Nichts dagegen zu machen, es ist so in Ordnung. Stellvertreter des Vorstehers wurde unser Genosse Bandmann mit 65 von 86 abgegebenen Stimmen, der bisher der Vorsteher war. Dann stand der Antrag der SWP. auf **Gebührensenkung** über das vom Magistrat beabsichtigte Maß hinaus zur Abstimmung. Unsere Genossen stimmten mit für diesen Antrag. Bei Herabsetzung des Strompreises von 50 auf 40 Pf. bestand Stimmengleichheit.

Vorsteher Dr. Friedrich entschied darauf die Ablehnung des Antrages.

Wäre Genosse Bandmann noch Vorsteher gewesen, dann hätte er, wie früher sehr oft, bei Stimmengleichheit für Annahme des Antrages entschieden.

So wirkt sich die Spaltung praktisch aus. Die Arbeiterpartei soll den Saplern nur ja nicht aufs Maul sehen, sondern immer nach den praktischen Erfolgen ihrer althergebrachten Taktik fragen. Uebrigens sei bemerkt, daß die Sapler als echte „parlamentarische Sozialisten“ es nicht einmal fertig gebracht haben, den Genossen Bandmann als stellvertretenden Vorsteher zu stimmen, während er weißes Zettel abgegeben haben. Ihr eigener Genosse Kottusch ist daraufhin zwar mit Hilfe der Deutschnationalen, der Volksparteier und des Zentrums zum Beisitzer gewählt worden, während unsere Genossen nach dem, was vorangegangen, für ihn nicht zu stimmen vermochten.

In der geheimen Sitzung wurde der Vertrag mit der Firma Langermann (Dorndorff'sche Schuhfabrik) gegen die Stimmen der Sapler und Kommunisten angenommen. In Breslau ist seit Jahren nur immer eine Firma nach der anderen fortgezogen oder Pleite gegangen. Endlich erreicht eine aktive Magistratspolitik zum ersten Mal, wenn auch unter Opfern, einen Zugang nach Breslau. Und da machen die Sapler nicht mit, weil man den Kapitalismus nicht unterstützen darf. Der Vertrag mit der Firma sieht vor, daß einen Monat nach der Betriebsöffnung mindestens 350 Personen beschäftigt sein müssen. Nach sechs Monaten müssen es 700 sein. Die einzustellenden Personen sind unter Mitwirkung der Schuhmachergewerkschaften aus der Zahl der Wohlfahrts-erwerbslosen zu entnehmen. Sie sind als Fabrikarbeiter nach dem Schuhindustriearbeitsvertrag zu entlohnen. Die Stadt Breslau zahlt an die Firma darlehensweise für jeden angestellten Wohlfahrts-erwerbslosen für die Zeit von 26 Wochen einen Betrag, den der Erwerbslose als Wohlfahrtsunterstützung erhalten würde. Bei der Höchstzahl von 800 Erwerbslosen, die einzustellen wären, sind als Höchstbetrag 200 000 Mark vereinbart. Das Darlehen soll als getilgt gelten, wenn die Firma fünf Jahre lang im Jahresdurchschnitt mindestens 700 Personen beschäftigt. Unsere Genossen haben diesem Versuch, einen Breslauer Betrieb wieder in Gang zu bringen, zugestimmt. Ob mit der Firma künftig gute oder schlechte Erfahrungen zu machen sind, läßt sich im Voraus natürlich nicht sagen. Die Interessen der Beschäftigten wahrzunehmen wird Sache des Schuhmacherverbandes sein, der es sicher an den nötigen Bemühungen nicht fehlen lassen wird. Wenn alle Häder weiter still blieben, wäre sicher keinem Menschen aus der Branche damit etwas gedient. Wir wollen hoffen, daß es praktischen Bemühungen gelingt, einem möglichst großen Teil des trüben Dorndorffpersonal wieder Beschäftigung zu geben. Eine vertragliche Bindung, daß gesamte frühere Personal zuerst wieder einzustellen, ist nicht zu erreichen gewesen. Hauptfrage ist und bleibt jedoch, daß der Betrieb wieder arbeitet. Es ist die Voraussetzung für alles andere.

Vorsteher Genosse Bandmann eröffnete die Sitzung kurz nach 17 Uhr und gab der Versammlung von einem Schreiben des kommunistischen Stadtverordneten Reimann Kenntnis, in dem mitgeteilt wird, daß er sein Mandat nicht niedergelegt hat, das mit seinem Namen unterzeichnete Schreiben also eine Fälschung sein müsse. Entsprechend dieser Mitteilung des Stadtverordneten Reimann ist — wie der Stadtverordnetenvorsteher noch mitteilte — nunmehr das gefälschte Schreiben an die Staatsanwaltschaft übergeben worden.

Anschließend erstattete Bürodirektor Schmidt den

Schäftsbericht der Stadtverordnetenversammlung

dem an statistischen Einzelheiten zu entnehmen war, daß die Stadtverordnetenversammlung im abgelaufenen Jahre 389 Beschlüsse, einschließlich der Dringlichkeitsanträge, erledigt hat, und

zwar 12 davon durch Auslegung, 229 unmittelbar durch Beratung in der Vollversammlung und 148 nach Vorberatung in den Ausschüssen. Drei weitere Vorlagen sind in das neue Geschäftsjahr übernommen worden. Insgesamt haben 16 Sitzungen stattgefunden; an 14 davon haben sich geheime Sitzungen angeschlossen. Die durchschnittliche Sitzungsdauer hat 422 Stunden betragen. Die längste dauerte 555 Stunden, die kürzeste 3,03 Stunden. Im Durchschnitt haben jeder Sitzung 83 Stadtverordnete beigewohnt. Von den Ausschüssen tagte am häufigsten der Ausschuß VIII (21 mal), am seltensten der Ausschuß II (2 mal). Der Ausschuß VI (für Gesundheitswesen) ist nicht ein einziges Mal zusammengetreten. Im Laufe des Jahres sind aus der Versammlung ausgeschieden durch Tod: Stadtv. Herda; durch Wahl zu unbesetzten Stadträten: die Stadtverordneten Kiedel und Schneider und durch Mandatsniederlegung: die Stadtverordneten Kremer, Marschall, Frau Neumann, Persigehl und Ruff. Für die Ausgeschiedenen sind neu eingetreten die Stadtverordneten Kamm, Friedrich Ludwig, Dutsch, Georg Krause, Kurzer, Schwarz, Höfstadter und Reimann.

Wahl des Vorstandes

Mit diesem Bericht endete die Amtsperiode des Vorstandes und Vorsteher Bandmann übergab mit Dankesworten die Vorstandssachen der Versammlung zu neuer Entscheidung. Als Alterspräsident übernahm Stadtverordneter Heilberg (Staatsp.) die Leitung der Versammlung.

Zur Wahl des Stadtverordnetenvorstehers wurden 85 Stimmzettel abgegeben, von denen 16 unbeschriftet, also ungültig waren. Von den 69 gültigen Stimmen entfielen auf Stadtv. Dr. Friedrich 64 Stimmen, auf Stadtv. Bandmann 2 Stimmen und auf Stadtv. Jylla 3 Stimmen. Stadtv. Dr. Friedrich (Dnat.) hatte also die absolute Mehrheit der gültigen Stimmen auf sich vereinigt. Er nahm die Wahl an und dankte dem Alterspräsidenten, der heute seinen 71. Geburtstag feierte und zugleich auf eine 43jährige Mitarbeit in der Breslauer Stadtverordneterversammlung zurückblicken kann. Bei der Wahl des Stadtverordnetenvorsteher-Stellvertreters wurden 86 Stimmen abgegeben, von denen 17 Stimmzettel unbeschriftet und damit ungültig waren. Von den 69 gültigen Stimmen lauteten 65 auf den bisherigen Vorsteher, Genossen Bandmann, der die Wahl zum Stellvertreter annahm. Drei Stimmen waren für den „revolutionären“ Vorsteherkandidaten Jylla.

Als erster Beisitzer wurde bei Stimmeneinstellung der sozialdemokratischen Fraktion Stadtv. Kottusch (SWP.) mit Unterstützung der Bürgerlichen gewählt. Die Sozialdemokraten hatten nach der Haltung der SWP. bei der Vorsteherwahl keine Veranlassung, den Spaltlern gegenüber den alten parlamentarischen

Brauch zu üben. Mit großer Mehrheit wurden sodann noch die Stadtv. Sosa als Beisitzer und die Stadtv. Kramela und Fräulein Krause als Beisitzer-Stellvertreter gewählt.

Die Versammlung erledigte sodann

einige kleine Vorlagen

unter anderem den Einbau von 8 Saß Deslag-Biscin-Labyrinth-Luftfiltern in der Kraftomnibushalle Osener Straße. Der Magistrat hatte zunächst nur 3 Saß beantragt, jedoch wurde mit den Stimmen der Linken die Schaffung dieser hygienisch notwendigen Einrichtung im erforderlichen Umfang beschlossen. Lediglich Stadtv. Buchner, der sonst so besonders um das Wohl der städtischen Arbeiter besorgt zu sein vorgibt, fand es nicht für notwendig, den erweiterten Antrag zu unterstützen.

Bei der vom Magistrat beantragten Bewilligung des Mehrverbrauchs, der durch die erweiterte Beschulung erwerbsloser Jugendlicher entsteht, argumentierte Stadtv. Jylla (KPD.) gegen die „verkappte Arbeitsdienstpflcht“, mußte sich aber von dem SWP-Mitglied Erik Pietisch darauf hinweisen lassen, daß er das Kind mit dem Bade ausschütten wolle. Stadtverordneter Pietisch (Soz.) unterrichtete den Redner einmal, um was es sich bei dieser erweiterten Beschulung jugendlicher Erwerbsloser eigentlich handelt.

Stoße ungehehrt

Schließlich benutzte Stadtv. Stoje (SWP.) den Sitzungsstapel im Rathaus wieder einmal als Kampfarena und hielt, ohne daß er etwa provoziert worden wäre, eine donnernde Klagerede gegen die Sozialdemokratische Partei. Warum? Weil bei Aufräumungsarbeiten der Bürgererziehungsanstalt in der Friedrich-Karl-Straße der Bauvoranschlag um über 19 000 Mark überschritten worden ist. Wenn sich kein besserer Schuldiger findet, bleibt schließlich vor einem dichtbesetzten Zuhörerraum die SPD immer noch gut genug, sich von Arbeiter-Sozialisten vom Format des Stadtv. Stoje anhängen lassen zu müssen, nur Sorge darum zu haben, daß Unternehmer zu ihrem Gelde kommen.

Stadtv. Karl Pietisch (Soz.) blieb dem Angreifer die Antwort nicht schuldig und kennzeichnete die Angriffe mit dem Vergleich: ein großes Geschrei — ein kleines Ei. Ganz energiegeladend verwehrte er sich dagegen, daß die Sozialdemokratie für Geschäftsgebahren eines von der Stadt unabhängigen Vorstandes verantwortlich gemacht wird. Stadtv. Stoje hat nur im Ausschuß vergessen, seine Beschlußfähigkeit anzuzweifeln und wollte deshalb kein Versehen mit einer Anklage gegen die SPD. wettmachen.

Sodann begann die mehrere Stunden in Anspruch nehmende Debatte um die

Preisientungsfaktion der Stadt Breslau

zu der die verschiedensten Dringlichkeitsanträge vorlagen.

Der Magistrat empfiehlt:

Kubikmeterpreis für Gas von 21 auf 19 Pfennige, Kilowattpreis für Lichtstrom von 50 auf 45 Pfennige, Straßenbahnfahrpreis von 1,10 Mark für die Sechserkarte auf 80 Pfennige für die Fünferkarte zu senken.

Zu diesen Anträgen des Magistrats

beantragte die Sozialdemokratische Fraktion

folgende Zusätze für die Straßenbahnpreisientung:

1. In der Zeit von 9 bis 13 Uhr wird an den Wochentagen der Fahrpreis für Erwerbslose auf 10 Pfennige ermäßigt.
2. Mit dem Inkrafttreten des durch die allgemeine Preisientung bedingten neuen Tarifs wird die einmalige Umsteigeberechtigung für alle innerhalb des Stadtgebietes gefahrenen Fahrtscheine im Autobusverkehr auf die Straßenbahn eingeführt.

In einem weiteren Antrage forderte die sozialdemokratische Fraktion:

Der Wasserpreis wird von 30 auf 28 Pfennige ermäßigt.

Die SWP. verlangte: Gaspreis 18 Pfennige, Straßenbahnfahrpreis 15 Pfennige, Doppelfahrtschein 25 Pfennige,

Strompreis 40 Pfennige, Wasserpreis 25 Pfennige und Senkung des Zuschlages zur Grundvermögenssteuer auf 250 Prozent. Stadtv. Bujatowsky (Deutschn.) wünschte noch die Abschaffung der Grundvermögenssteuer für leerstehende Wohnungen und für die Räume, für die die Miete nicht einzutreiben ist. Bei den Begründungen der Anträge ergab sich eigenartigerweise, daß Stadtv. Bujatowsky erklärte, sich dem anschließen zu können, was Stadtv. Erik Pietisch von der SWP. vorgebracht hatte.

Der sozialdemokratische Fraktionsführer Stadtv.

Karl Pietisch begründete

die eigenen Anträge damit, daß die Vorschläge des Magistrats eine Enttäuschung sind. Den Fraktionsführern sind in einer der ersten Besprechungen weitgehendere Preisientungen zugestanden worden. Vor allem sei ein besonderer Weitblick bei der Straßenbahnverwaltung zu vermessen. Ihre Wagen fahren an den Vormittagsstunden leer durch die Stadt, während die große Zahl der Arbeitsschichten aus den Vorstädten große Wege zu Fuß zurücklegen müssen. Es muß unbedingt eine Verbilligung mindestens für die Vormittagsstunden eingeführt werden. Einwände, daß eine solche Verbilligung auf technische Schwierigkeiten stoße, seien nicht stichhaltig. Wo ein Wille sei, sei auch ein Weg.

Das Gesicht der Not Breslaus

In einer längeren Rede setzte sich sodann Stadtkämmerer Dr. Friedel mit den verschiedenen Anträgen und ihrer finanziellen Auswirkung auseinander. Eine Verwirklichung aller Anträge der SWP. würde gleichbedeutend mit einem Einnahmeausfall von 15,6 Millionen Mark sein. Schon der Haushaltsplan von 1931 wies einen Fehlbetrag von 18 Millionen Mark auf. Einen Teil dieses Fehlbetrages hat die Stadt von Reich und Staat erhalten und sie hofft, in den nächsten drei Monaten weitere Millionen zu bekommen. Soweit sich im Augenblick übersehen läßt, wird der Wohlfahrtsset für das Jahr 1931 die runde Summe von 35 Millionen Mark erfordern.

Der Gesamthaushaltsplan des Jahres 1931 schloß mit 44 Millionen Mark in Einnahme und Ausgabe ab. Am 6. Januar 1932 waren in Breslau über 40 000 ausgeheuerte Parteien mit 75 654 zu unterstützenden Personen vorhanden. Der Januarbedarf des Wohlfahrtsamtes wird sich voraussichtlich auf 5,2 Millionen belaufen, während der Wohlfahrtsetat des ganzen Jahres 1931 nur 18 Millionen Mark beanspruchte. Die Zahlstellen des Wohlfahrtsamtes zählen gegenwärtig jeden Tag 167 000 Mark an

Unterstützungen aus, davon 102 000 Mark an ausgeheuerte Erwerbslose.

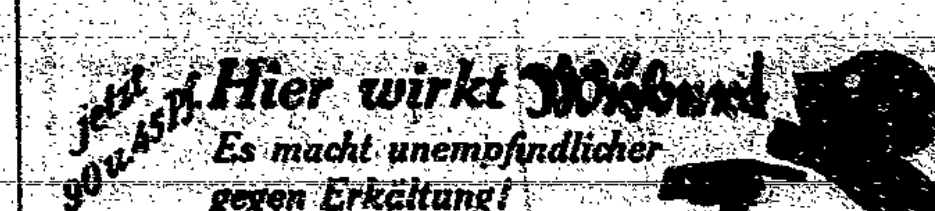
Da Reich und Staat in umfangreichem Maße geholfen hätten, sei die Stadt ihrerseits nicht frei in ihren Entscheidungen bei der Preisientung. Manche Bürger haben bei der Einziehung der Staatskommissare geglaubt, es würde nun einmal anders werden, aber es vermag leider niemand etwas daran zu ändern, daß die Stadt heute vornehmlich Zahlliste für die Unglücklichen sein muß, die keine Arbeit erhalten können.

Stadtrat Brzobilla wandte sich ebenfalls gegen alle Anträge, weil für eine weitgehendere Preisientung die Regierung sowie ihre Zustimmung verlangen würde.

Im Schlußwort sprach der sozialdemokratische Fraktionsführer seine Verwunderung aus, daß der Reichskanzler seinen Parteifreund Brzobilla nicht zum Preisientungskommissar gemacht hat, sondern gerade den Oberbürgermeister jener Stadt, die nach der Meinung des Herrn Brzobilla eine sehr verlotterte Straßenbahn hat und ihren Direktor zum Studium nach Breslau schicken muß. Die Beratungen haben den einen Zweck gehabt, einmal die blutige Demagogie zu offenbaren, mit der bei der letzten Wahl das Bürgertum gegen die rote Mißwirtschaft auf dem Breslauer Rathaus in den Wahlkampf gezogen ist.

Die Abstimmung

Bei der äußerst umfangreichen und komplizierten Abstimmung wurde der Antrag, den Gaspreis auf 18 Pfennige zu setzen, mit den Stimmen der SWP., KPD., KPD., Soz., des Reichs und der Demokratin mit einer Stimme Mehrheit angenommen. Inzwischen erhielt die übergeleitete Front noch Zugang und



LÖBE

Einkauf 18.45 Uhr Von 19 bis 20 Uhr Konzert

Öffentlicher Kundgebung

Karten zum Preise von 0.40 Mk. und 1.00 Mk. für reservierte Pl...

der Antrag, den Strompreis auf 40 Pfennige zu senken, erfuhr mit Stimmgleichheit eine Ablehnung.

Der Vorsteher hatte den Ausschlag gegeben und sich für die Abschnung entschieden. Die „Klassenkampfpolitik“ der SPK...

Weiter wurde der Wasserpreis entsprechend dem sozialdemokratischen Antrage herabgesetzt auf 28 Pfennige. Der weitgehendere SPK-Antrag wurde abgelehnt.

über die Umsteigerberechtigung und die Grundvermögenssteuer wurden in den Ausschuss VIII verwiesen.

Der Magistratsantrag über die Fünferkarten bei der Straßenbahn gab nach der ersten Beschlussfassung über die Fünferkarten...

Auch die Vorschläge des Magistrats, den Kraftstrompreis um 3 Pfennige und den Straßenbeleuchtungs- sowie den Straßenbahnstrompreis um 0,5 Pfennige zu senken, wurden angenommen.

Der öffentlichen Sitzung, die am 22. 20 Uhr beendet wurde, folgte noch eine geheime Sitzung, die bis lange nach Mitternacht dauerte.



Sozialdemokratische Partei

Partei-Sekretariat: Gewerkschaftshaus, Zimmer 167-170

Montag, den 18. Januar 1932, 20 Uhr, finden in nachstehenden Distrikten

Frauenversammlungen

- Distrikt 1: Mittwoch, den 23. Januar, im Schloßhöf, Schloß...

Verbot der nationalsozialistischen „Schlesischen Tageszeitung“ und der „Deutschen Ostfront“

Der Oberpräsident der Provinz Niederschlesien hat die „Nationalsozialistische Schlesische Tageszeitung“ auf die Dauer von zehn Tagen, und zwar bis einschließlich Sonnabend, den 23. Januar 1932, verboten.

Wegen des letztgenannten Artikels ist auch die „Deutsche Ostfront“, die den Artikel in ihrer Nr. 2 vom 13. Januar 1932 gebracht hat, auf die Dauer von drei Wochen bis einschließlich Donnerstag, den 4. Februar 1932, verboten worden.

Erläuterung!

Die am 9. Oktober 1931 an gleicher Stelle dieser Zeitung erfolgte Aufhebung der Ortsgruppe der Arbeiterkinderfreunde Breslaus wird hiermit aufgehoben.

Der Organisationszustand, wie er vor dem 9. Oktober bei den Arbeiterkinderfreunden Breslaus bestand, ist durch diese Erklärung wieder hergestellt.

Hugo Müller. Breslau, den 15. Januar 1932.

Die neuen Postgebühren

Die vom Verwaltungsrat der Deutschen Reichspost beschlossenen Ermäßigungen der Inlandsgebühren für Fernbriefe, Fernpostkarten und Pakete treten, wie bekannt, mit dem 15. Januar in Kraft.

Wettervorherlage durch Telefon

Vor einiger Zeit haben die Oberpostdirektion Breslau und die Deffentliche Wetterdienststelle in Breslau-Krietera vereinbart, daß das Telephonamt Breslau auf Anruf 52 821 Wettervorherlagen für Schlesien sowie Winterportwetternachrichten über die schlesischen Gebirge bekanntgibt.

Von einem Auto umgerissen

würde am Donnerstag vormittag der 27jährige Rentner K. aus der Mengelstraße, als er am Ohlau-Ufer über den Fährdam ging. Er erlitt Körperverletzungen und mußte zu einem Arzt geschafft werden, der ihm die kassierenden Wunden nähen mußte.

Auto rollt gegen einen Baum

In der Kreuzung Bohrauer- und Steinstraße fuhr ein Personauto im schnellen Tempo in einen Solich-Bieferswagen hinein, dessen Führer erheblich verletzt wurde und zu einem Arzt geschafft werden mußte.

Trennung auf den Schienen

Auf den Eisenbahnschienen an der Hauptbahnhof wurde gestern früh die Leiche eines jungen Mannes gefunden, der der Spur vom Hauptbahnhof abgelenkt war.

Mittwoch früh die Wohnung der Eltern verließ, bei seinem Lehrmeister in der Auguststraße aber nicht erschien. Soweit festgestellt wurde, hat sich der junge Mensch selbst vor einen Zug geworfen.

Genosse Otto Zimmermann Tanz-Kabarett

Sonntag, den 17. Januar, abends 8 Uhr, in der Aula der Viktoriaschule, Blücherstraße, Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde Breslau.

Wissen ist Macht

2. Wochenendkursus der Partei-Schule Sonnabend, den 16., und Sonntag, den 17. Januar. Thema: „Die Gefahr der Inflation.“

Achtung! Behörden! Beamte, Angestellte und Verwaltungsarbeiter der Reichs-, Staats- und Kommunalbehörden

Freitag, den 15. Januar, 19 1/2 Uhr, im Lokal „Bratislawia“, Mauritiusplatz: Deffentliche Versammlung.

Sterbegeld-Zahlungsfälle der Arbeiter und Beamten der Dikt...

Generalversammlung Sonntag den 17. Januar, vormittags 10 Uhr im „Lannenhof“, Berliner Straße 20.

Was bringt die 4. Rotverordnung dem Einzelhandel?

Im Laufe des Hauptthemas der Mitglieder-Versammlung des Vereins des Breslauer Einzelhandels E. B. im Börsensaal am Montag, den 18. Januar 1932, abends 20 Uhr, über das das geschäftsführende Vorstandsmitglied der Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels E. B., Herr Oberregierungsrat a. D. Dr. Tiburtius, Berlin spricht.

Reinigungs-Gemeinde, E. B., Gränitzstraße 14/16.

Wir machen auf den Vortrag des Genossen Eggers am Sonntag, 17. Januar, 17 Uhr (5 Uhr nachmittags), über „Theater und Proletariat“ in der Veranstaltung der Reichsjugend aufmerksam.

Proleten Tenttribühne Cabitzstraße 20-22

Opernredoute in Gefahr Ab Freitag, 13. bis Donnerstag, 21. Januar 1932

Sozialistische Arbeiterjugend

Heute 5 (Friedrich-Wilhelm-Straße 45). Freitag Lichtbildvortrag: Winter durchs Riesengebirge.

Freigewerkschaftliches Jugendpartei

3. 6. 3. Sonntagshaus. Ab 20 Uhr gestalten die „Blauen Wägen“ Jugendabend.

Arbeitsgemeinschaft der Arbeiterkinderfreunde Breslau

Achtung Helfer! Der Zimmermann-Kursus findet in der Halle der Bender-Overralschule am Rehdamm statt.

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold

Ordnung: Karten zur Höhe-Versammlung zum Preise von 20 Pf., Erwerbshöhe 10 Pf., sind auf dem Büro zu haben.

Bereinstalender

Achtung! Bauwerkstatt Schmidt-Rath. Am Sonntag, den 17. Januar, findet in Enschwid bei Pöhl die Generalversammlung der Bauwerkstatt statt.

Proleten-Wochenplan

„Opernredoute“ - „Frauen in Gefahr.“ Was in Paris der Koll der Großen Oper ist, was in Berlin die Winterbälle von Presse und Film sind, das ist für Wien die Opernredoute.

Die Grubenhunde bellen

Falschmeldungen über die Beuthener Rettungsarbeiten

„Grubenhunde“ nennt man, seit vor mehr als einem Jahrzehnt einmal eine Wiener Zeitung unbescheiden eine Meldung von einem Bergwerksunglück in Mährisch-Odrau übernahm, in der ein Ingenieur spaheshalber die unmöglichsten Zusammenhänge in schönen Sachwendungen aufgetischt und dabei auch vermeldet hatte, daß das „Anurren seines Grubenhundes“ (ein Hund ist bekanntlich ein im Bergbau verwendeter Karren) im Arbeiteraum besonders auffällig gewesen sei, jene Zeitungsnotizen, in denen sich allzu sensationsbegeisterte Redaktionen oder Nachrichtenbüros auf das Glattsteis schneller aber unzuverlässiger Berichterstattung führen lassen.

Gestern mittag bellten nun in Schlesien die Grubenhunde überaus vernehmlich; ein bekanntes Breslauer Mittagblatt, die „N. N.“, meldete in vier spaltiger Heberschrift, daß nunmehr auf Karsten-Zentrum die Verschütteten erreicht, zwei Tote und ein Sterbender aufgefunden wurden. Der Schwerverletzte habe „Kundenlang nach Wasser“ gerufen, aber man habe ihm keine Hilfe bringen können, da „das Gestein, wenn man es anrühre“, sofort herunterfalle. Deshalb habe man an den Toten und dem Sterbenden vorbei weiter gearbeitet, um Gewißheit über das Schicksal der übrigen Fünf zu erlangen.

Wie dazu von gut unterrichteter Seite mitgeteilt wird, stimmt an dieser Meldung kein Wort. Zutreffend ist lediglich die Mitteilung neuer Gebirgsbewegungen in der Grube, die die Arbeiten sehr erschweren, so daß bis jetzt noch keine andere Mitteilung gemacht werden könne, als daß die Stelle, wo die Verschütteten sich mutmaßlich befinden, noch nicht erreicht wurde.

„Marke Kronprinz“

Wilhelm der Angelröte verschenkt Erinnerungen.

Den aus der Tiefe der Karsten-Zentrums-Grube geretteten Bergleute ist großes Heil widerfahren. Wilhelm der Angelröte, Herr auf Dels und einstiger Herzogbrecher aller Bedrückte des vaterlandsliebenden deutschen Bürgertums hat ihrer gedacht und jedem Geretteten ein geradezu fürstliches, nein, kaiserliches Präsent gemacht. Er hat jedem der Kumpels 20 Mark (in Worten zwanzig Reichsmark), eine Schachtel Zigaretten „Marke Kronprinz“, ein Photo mit allerhöchster eigener Unterschrift und damit ihren Anteil an der Expedition, ein Exemplar seiner „Erinnerungen“ geschenkt.

Herrn Hohenzollern jun. Selbstbewußtsein ist wirklich bezaubernd.

Neues Bergungsglück in O.S.

2 Tote, 7 Erkrankte

Auf dem Hermannshagen der Königin-Luise-Grube bei Hindenburg ereignete sich in der Nacht zu heute ein folgenschweres Unglück durch das Ausströmen giftiger Gase, denen die Bergleute J. Czuchmil und B. Buchczik erlagen. Sieben Mann sind schwer erkrankt in das Hindenburg-Knappschaftslazarett eingeliefert worden. Nähere Einzelheiten über die Zusammenhänge dieses Unglücks liegen noch nicht vor.

Das Oberbergamt Breslau teilt Freitag hierzu kurz vor Redaktionsschluss mit: Auf dem Steinkohlenbergwerk Königin Luise in Hindenburg sind vergangene Nacht durch Brandschwaden zwei Leute getötet und sieben weitere verletzt worden. Die letzteren befinden sich anscheinend nicht mehr in Lebensgefahr.

Der Unfall ereignete sich im Schuchmann-Flöz. Dort geriet auf bisher ungeklärte Weise ein Klobdamm in Brand. Ein Steiger mit acht Mann versuchte, im einziehenden Wetterstrom ohne Gasprüfgeräte den Brand mit Handfeuerlöschern zu bekämpfen, wurde aber mit den Leuten durch zurückgebrachte Brandgase betäubt. Sieben von ihnen wurden durch andere Kameraden sofort herausgeholt. Die beiden letzten konnten erst nach zwei Stunden durch Rettungsmannschaften mit Gasprüfgerät tot geborgen werden. Weitere Gefahr besteht nicht mehr.

und Kohlenäureausbruch

auf der Rubengrube

Auf der Rubengrube in Kohlenau ereignete sich am Mittwoch ein Kohlenäureausbruch. Glücklicherweise wurden keine Menschenleben gefährdet, auch eine Betriebsstörung trat nicht ein. Umwauende Gerüchte von einem schweren Unglück hatten jedoch schon Aufregung unter der Bevölkerung verbreitet.

Ein unangenehmer Bräutigam

In der Kommenstraße in Görlitz spielte sich im Zimmer der dort bei dem Sozialrentner Rindler wohnenden Hausangestellten Gritke eine blutige Pieschstragdie ab. Das Mädchen geriet mit seinem Bräutigam, dem 23jährigen Fritz Pische in Streit und ergriß schließlich die Flucht, wurde aber von dem Bräutigam verfolgt und mit einem scharfen Küchenmesser in die Schulter gestoßen. Die Gritke wurde erheblich verletzt ins Krankenhaus gebracht, der Täter wurde von der Polizei verhaftet.

Wenn Antimargariten verwalten

Steinauer Landbankbank-Standal kommt vor Gericht

Die Voruntersuchung gegen die früheren Leiter der Steinauer Landbankbank, die früheren Rittersgutsbesitzer von Cölln-Deichslau, H. H. H. H., sowie den jüngeren Bankdirektor Schmalz wegen Untreue, ist nach nahezu einjähriger Dauer zum

Abchluss gekommen. Den Beschuldigten wird zur Last gelegt, als Vorstand der damaligen Steinauer Landbankbank absichtlich zum Nachteil der Genossen über Vermögenswerte der Bank verfügt und sich selbst übermäßige Kredite bewilligt zu haben, so daß der Bank, bzw. deren Teilhaber, Schaden in Höhe von weit über 100 000 Mark entstanden ist. Hingegen befindet sich irgendwo im Auslande und dürfte kaum zur Rechenschaft gezogen werden können.

Um die Kreisauflösung

Was wird mit Freystadt?

Die Pressestelle der Siegnitzer Regierung teilt mit: Ein Teil der Presse gibt als angeblich amtlich Nachrichten über eine Auflösung der Kreise Freystadt und Lüben wieder. Hierzu teilt die Regierung Siegnitz mit, daß sie diesen Nachrichten fernstehe. Sie sind bezüglich des Kreises Lüben frei erfinden. Für den Kreis Freystadt ist mindestens zweifelhaft, ob er überhaupt von der Auflösung betroffen wird. Sollte dies geschehen, so wird voraussichtlich dem alten Wunsch der Stadt Schlawa auf Vereinigung mit dem Kreise Glogau entsprochen werden.

Giftmord eines Wahnsinnigen?

Der Landwirt Andersohn aus Döberitz, Kreis Glogau, der unter dem Verdacht des Giftmordes an seiner Ehefrau steht und zur Beobachtung auf keinen Geisteszustand in der Irrenanstalt Lüben untergebracht war, ist schon vorzeitig ins Gefängnis Glogau zurücktransportiert worden.

Nach den bisherigen Feststellungen ist Andersohn geistig unzurechnungsfähig und dürfte, wenn er der Täter ist, strafrechtlich nicht zur Verantwortung gezogen werden können. Wahrscheinlich wird er durch Gerichtsbeschluß als gemeingefährlicher Geisteskranker dauernd in einer Heilanstalt untergebracht werden.

Frankenstein. Grauensvolle Tierquälerei. In der Stadtgasse fanden Bewohner in einem Papptarot eine lebende Kasse, der beide Augen ausgehöhelt waren. Das Tier ist vor etwa fünf Wochen der Besitzer gestohlen worden. Da es sich wahrscheinlich um einen Raschke handelt, besteht die Aussicht, den unmenschlichen Täter zu ermitteln.

Waldenburg. Wenn man nicht gespaltet ist. In der Stadtverordnetenversammlung wurden als Vorsteher Buchhändler Jappe (SPD.), als Schriftführer Gewerkschaftsangehöriger Zinke und Stadtverordneter Maibon (evangelische Liste) gewählt. Kommunisten und Nationalsozialisten enthielten sich der Stimme.

Waldenburg. Unterschlagungen bei der Ribag. Der bei der Niederöhl. Bergwerks-A.G. angestellte Verwaltungsassistent K. hatte sich vor dem hiesigen Schöffengericht wegen Unterschlagungen in Höhe von 4700 Mark zu verantworten. Zu den Obliegenheiten des K. gehörte es, die Mieten für die Grundstücke der Ribag einzusammeln. Seit Jahren aber unterließ er einzelne Beträge, was ihm dadurch wesentlich erleichtert wurde, daß eine völlig ungenutzte und nur oberflächlich Revision vorgenommen wurde. Aufgedeckt wurden die Unterschlagungen, als während des Urlaubs des K. ein Kassendelegat ermittelt wurde. K. wurde zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt.

Siegnitz. Abtuz an der Sturmhaube. Als drei Breslauer auf Schneeschuhen von der Spindlerhaube einen Aufstieg über die Sturmhaube nach der Schneelippe unternahmen, stürzte ein 23jähriger junger Mann von der Sturmhaube etwa 150 Meter tief ab und blieb an einem Ast hängen. Nach zwei Stunden befreiten Reichswehrsoldaten den Skifahrer.

Siegnitz. Bürgersteuer gesenkt. Der städtische Finanzausschuss beschloß am Mittwoch, die Bürgersteuer nicht in der beschlossenen für weiteste Kreise untragbaren Höhe von 500 v. H. zu erheben, sondern sie auf 300 Prozent zu senken. Der Magistrat stimmte der Entscheidung des Finanzausschusses bereits zu.

Aus der Umgebung

Gilt das auch für Faschisten?

Amtlich wird mitgeteilt: In weiten Bevölkerungskreisen besteht offenbar Unklarheit darüber, welche Bedeutung der Beendigung des durch die 4. Reichsnotverordnung seinerzeit festgelegten Weihnachtsfriedens zukommt. Der Weihnachtsfrieden ist bekanntlich mit dem 3. Januar beendet gewesen.

Trotzdem ist nach wie vor das Tragen von Abzeichen bezw. einheitlicher Kleidung, die die Zugehörigkeit zu einer politischen Vereinigung kennzeichnen, außerhalb der eigenen Wohnung verboten. Dieses Abzeichen- und Uniformverbot, das für jedermann und für jede politische Vereinigung gilt, hat mit dem Weihnachtsfrieden nichts zu tun. Es ist in der Reichsnotverordnung ohne zeitliche Beschränkung ausgesprochen.

Ferner hat nach wie vor Versammlungen und Umzüge unter freiem Himmel auch für die Zeit nach dem 3. Januar verboten, auf Grund der Anordnungen des preussischen Ministers des Innern vom 31. Oktober 1931. Nur für völlig unpolitische Versammlungen und Umzüge unter freiem Himmel kann seitens des zuständigen Regierungspräsidenten auf mindestens 3 Tage vorher gestellten schriftlichen Antrag eine Ausnahme zugelassen werden. Der Antrag ist bei der Ortspolizeibehörde einzureichen. Die Beendigung des Weihnachtsfriedens hat infolgedessen lediglich die Bedeutung, daß für die Zeit nach dem 3. Januar öffentliche politische Versammlungen in geschlossenen Räumen, die während des Weihnachtsfriedens verboten waren und ferner der Anschlag und die Verbreitung von Plakaten, Flugblättern und Flugchriften politischer Inhalts wieder zugelassen wird.

Somit für die Veranstaltung öffentlicher politischer Versammlungen in geschlossenen Räumen, als auch für den Anschlag und die Verbreitung von Plakaten, Flugblättern und Flugchriften sind jedoch die Vorschriften der Verordnung des Reichspräsidenten zur Bekämpfung politischer Ausbreitungen vom 28. März 1931 und der dazu ergangenen Abänderungs- und Ausführungsvorschriften zu beachten.

Nach dieser Vorschrift sind öffentliche politische Versammlungen auch in geschlossenen Räumen anmeldspflichtig und Plakate und Flugblätter politischen Inhalts vorliegenpflichtig.

Protestmarsch in Breslau

In Breslau ist seit Sonnabend ein — für die Kommunisten charakteristischer — Protestmarsch am den Preis entfallenden Montag, den 16. d. M., durch die städtische Polizeibehörde des Reichspräsidenten und der Eisenbahnen, obwohl der Kommandeur „Vorwärts“

(von Angst das Bierbrot mit 68 Pf. verkauft, was im allgemeinen 72 Pf. bezahlt werden, konnte man noch erfröhen, allerdings zunächst nur für Eisenbahn das Brot für 62 Pf. erhalten. Die Breslauer Wäcker gingen daraufhin sofort auf 60 Pf. herunter, und der bahner-Laden hierauf neuerdings auf 58 Pf. Schließlich ist die übrigen Bäckermeister und Brotverkaufsstellen, mit Ausnahme des Konsumvereins, der bis jetzt bei 60 Pf. geblieben ist und des B.C.V., der immer noch 72 Pf. verlangt, den auf 56 Pf. — Wenn diese, vorläufig nur von Konsumvereins geleitete Preisfestsetzung im gleichen Tempo weiter bekommt man wohl bald zu einer Semmel einen Bierpfennig zugelegt. Im Ernst gesprochen, zeigt dieser Konkurrenzkampf es bedeutet, wenn lebenswichtige Produktion nur als Geschäft betrieben wird.

Opperau. Die Generalversammlung der Opperau am vergangenen Sonntag war überaus gut besucht. Auf der zahlreichsten Parteimitglieder konnte der Vorsitzende noch viele Gäste begrüßen. Den Geschäftsbericht gab der Vorsitzende, anschließend der Kassierer den Kassenbericht. Letzterem wurde auf Grund der stattgefundenen Revision Entlastung erteilt. Die Mitgliederbewegung ist eine die national-kommunistische Hege bei unseren Mitgliedern. Keinen Boden gewinnen. Einstimmig wurde der gesamte Vorstand wiedergewählt; 1. Vorsitzender ist Georg W. 2. Vorsitzender Karl Schwarz, 1. Kassierer Gustav W. 2. Kassierer Franz Ulrich, Schriftführer Hermann W. 3. Kassierer Gertrud Kiontke, Kassierer W. 4. Kassierer Bruno Kiontke. Zur Generalversammlung im Unterbezirk wurden die Genossen Paul Melzer und W. Dräner bestimmt. Der hiesige Ausschuss für Arbeiterwohlfahrt gab ebenfalls einen kurzen Bericht über die Jahrestätigkeit des Bezirkes. Nach dem Wahl der bisherigen Mitglieder Gertrud Kiontke, Anna Schwarz, Martha Ulrich, Emma W. wurden noch zwei Frauen, Genossin E. Geise, in den Ausschuss gewählt. Anschließend gab der sozialistische Gemeindevorsteher, Genosse Neumann, den Mitgliedern einen kurzen Bericht über die Lawinenzüge und wachsenden Ausgaben der Gemeinde für Wohlfahrtsgelder und Finsendekung. Die Geldverhältnisse in der Gemeinde sind die denkbar schlechtesten, die planlose Wirtschaft der letzten Jahre rächt sich heute bitter. — Parteifreizeitliche hielt hernach einen Vortrag, dessen Grundlage der Rückblick des Notjahr 1931 und ein Ausblick auf das Jahr 1932 war. Seine mit großer Begeisterung aufgenommene Rede wurde von dem anwesenden Gast, dem Genossen Frankel-Breslau mit einigen Worten unterstrichen; auch dieser sagte, daß eine einige Arbeiterpartei unter der ruten Sturmflut der Proletariats den Sieg davontragen wird. — Die Wahl einer Filmkommission wurde als nötig erachtet. Derzeitigen hören die Genossen Dittmann, Quander-Zäfel an und die Kassiererinnen Emma W. und H. W. Genosse Kiontke behandelte noch einige örtliche Angelegenheiten und stellte seinen Antrag, daß den Parteimitgliedern zur Zeit der Erwerbslosigkeit, als auch den Landarbeitern während der Wintermonate der wöchentliche Ortszuschlag bis auf weiteres erlassen wird. Dem Antrage wurde stattgegeben. Ueber die zurzeit herrschenden unzureichenden Verhältnisse zwischen Kreis und Kreisgenossen Landkreise wurde lange debattiert, da hierbei der erkrankte Wohlfahrtsempfänger und seine Familie die einzig Leidtragenden sind. Mit einem dreifachen Hoch auf die Sozialdemokratie schloß unser bewährter Vorsitzende die Versammlung.

Rottwig. Auf der alten Ober eingebrochene Am Mittwoch mittag brach das elfsjährige Söhnchen des Arbeiters Robert Stampania beim Schlittschuhlaufen auf der Eise der alten Ober auf einer warmen Stelle ein und erlitt eine Hilfe herbeigeht werden konnte.

Domschau. Generalversammlung des Reichsbanners. In der Generalversammlung des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold, die besser besucht sein konnte, referierte Kamerad Paul Haber über die politische Lage. Er schloß mit dem Beifall der Versammlung mit einer Aufforderung, die „Eiserne Front“ zu stärken und in ihr die Republik zu schützen. Als Vorsitzender des Ortsvereins wurde Kam. A. Platine als Kassierer Kamerad Ernst Müller und als Schriftführer Kamerad E. Kundt bestimmt.

Sozialdemokratische Partei
Unterbezirk Breslau-Land/Neumarkt/Nimptsch
Sekretariat: Margaretenstr. 17, Gartenhaus (Neubau), Zimmer 470-171
Telephon 59060, 59061
Sprechstunden: Dienstag, Mittwoch, Freitag von 9-13 u. 16-19 Uhr

Am Dienstag, den 12. Januar, wurde im Hofe des Gewerkschaftshauses einem Parteigenossen ein neues rotbraunes Fahrrad Marke „Dynam“ Nr. 81353 gestohlen. Sachdienliche Angaben die zur Ermittlung führen können, an das Parteisekretariat Breslau-Land.

Generalversammlungen
Sonnabend, den 17. Januar:
Steine. Lokal Grochol, 20 Uhr. Redner: Dr. Korn.
Wettlern. Lokal Knighalla, 20 Uhr. Redner: Gen. Beich.
Kauern. Lokal Seibel, 19 Uhr. Redner: Gen. Fränk.
Sonntag, den 17. Januar:
Herrmannsdorf. Lokal Gasche, Redner: Schiffer.
Klein-Sägewitz. Lokal Seibel, 14 Uhr. Redner: Gen. 5. Löbe.
Frobelwitz. Lokal Guschta, 14 Uhr. Redner: Gen. Stal.

Oldschin. Sonntag, den 17. Januar, bei Grieger, 14 1/2 Uhr. Öffentliche Versammlung. Redner ist Reichstagsabgeordneter Wendemuth. Sorgt für guten Besuch. Saal ist geheizt.

Nimtsch. Sonntag, den 17. Januar, bei Dollinger, 20 Uhr. Redner ist eine öffentliche Versammlung Reichstagsabgeordneter Wendemuth. Wir erwarten guten Besuch.

Borne. Sonnabend, den 16. Januar, bei Riesner, 20 Uhr. Öffentliche Versammlung. Redner ist Parteisekretär G. Schiffer.

Wilsch. Sonnabend, den 16. Januar, 20 Uhr, bei Matern. Öffentliche Versammlung. Redner: Reichstagsabgeordneter Wendemuth. Sorgt für guten Besuch.

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold
Breslau-Land/Neumarkt
Neumarkt. Sonntag, den 16. Januar, abends 8 Uhr im Vereinslokal „Gelder Dome“ findet die Generalversammlung statt. Referent: Schriftführer Kamerad E. Kundt. Es ist allen Kameraden an der Versammlung teilzunehmen.

Berücksichtigt beim Einkauf unsere Inserenten!



Die Brandruinen im Zirkus Sarrasani



In dem völlig ausgebrannten Andau für die Artisten lugen diese in der Nähe nach ihren letzten Habseeligkeiten.

Der Zar ohne Land

Der Herr von Coburg und Bräu — Er hat sogar eine Regierung!

Die Zahl russischer Emigranten in aller Welt wird heute etwa 3 Millionen Menschen geschätzt, die Zahl der besten Monarchisten unter ihnen auf ungefähr 250.000. In der Zeit ging der Streit dieser russischen Monarchisten darum, ob das Haus Romanow unverändert als das herrschende annehmen sollte, oder ob eine neue Dynastie zu wählen sei. Man sah für das Haus Romanow entschieden, hatte, ging der Streit weiter zwischen dem Kronprinzen Nikolai, der mit seinen Geldern seine Kandidatur durchzusetzen suchte, und Großfürst Cyril. Cyril ging im Jahre 1922 aus diesem Streit als Sieger hervor.

Großfürst Cyril hielt Residenz in Coburg, während das Hauptquartier der russischen Monarchisten damals in Wien war. Auf Veranlassung der Gruppe von Reichspropagandisten schickte Cyril sich selbst zum „Statthalter des russischen Thrones“. Der russische Thron, den er befehligt hielt, war damals aus einem Klub im Hotel Coburg-Zimmer nebenan wohnte König Ferdinand von Bulgarien. Im Jahre 1925 erklärte sich der Großfürst Cyril als „Gottes Gnade, Cyril I., Kaiser aller Russen, Czaren von Rußland, Großherzog von Finnland usw.“

Der „Hof“ in der Bretagne.

Die verschiedenen Präzedenzen gaben den Kampf nicht weiteres auf. Noch im Jahr 1929 verlegte die Großfürstin Maria, die „Heiligen Märtyrerin Kaiserin“ ausruhen lassen. Aber inzwischen ist es mit dieser Konkurrenz ruhiger geworden, und heute ist Cyril I. von den russischen Monarchisten allgemein anerkannt. Alljährlich im Oktober läuten jetzt die Glocken von vielen russischen Kirchen in New York, Paris, London, Rio de Janeiro, Buenos Aires, überhaupt in aller Welt, mit Ausnahme von Rußland. Dekane, Priester, Bischöfe, Erzbischöfe, Metropoliten zelebrieren das Te Deum und feiern die Herrlichkeit ihres „nun glücklich regierenden Herrn und Kaisers Cyril Dimitrowitsch“.

Das Ganze wirkt wie ein grotesker Maskenspieler an. Die Haltung ist inzwischen nach Nordfrankreich verlegt worden. In St. Brieux in der Bretagne kann man diesen Hof des Kaisers ohne Land bewundern: Abordnungen dieser Kaiserliche, bedeutenden Titeln, und an zahlreichen Orten verschiedenster Art. Zumeist bescheiden die Großwürdenträger Schöpfung vor.

Vor einiger Zeit versuchte der Zar ohne Land einen außerordentlichen Gesandten in die USA zu entsenden. Natürlich wurde er nicht akzeptiert. Präsident Hoover weigerte sich auch, in Paris in Victoria Fedorowna zu empfangen. Cyril nimmt die Komödie sehr ernst. Er ernannt ständig Mitgliedsmitglieder einer Regierung, die nichts zu regieren hat. Er ließ sich ein alter monarchistischer General aufrufen, der zum Gouverneur der Provinz Tula ernannt worden war. Titel und Adel werden verliehen; auch neue Orden wurde geschaffen: „St. Nikolaus der Wunderwerke“, dessen niedrigste Klasse aber immerhin noch 3 Dollar

wollen. Welche Sorgen Stalin und seine Regierung heute in Moskau haben mag, vor diesen Schwärmern wird er weiter keine Angst haben.

General Miller hat in Paris auch eine russische Militär-Akademie eingerichtet, die schon einmal zu einer Interpellation im französischen Parlament Anlaß gab. Man war aber klug genug, dem ganzen Nummernspiel keine allzu große Bedeutung beizumessen. Schließlich muß man Cyril New Yorker „Gesandten“ — ein ehemaliger russischer Oberst und im übrigen ein braver Hotelportier in der 5th Avenue — recht geben, wenn er erklärt: „Man muß dem Zaren Cyril lassen, daß unter seiner Herrschaft nirgends Unruhen vorgekommen sind.“ Dabei kann man es bewenden lassen. Der Zar ohne Land hat tatsächlich eine so ruhige Herrschaft geführt, wie vor ihm noch kein anderer russischer Regent.

Raubüberfall auf einen Berliner Juwelier

Ein schwerer Raubüberfall wurde gestern früh von Autoräubern auf das Juwelieregeschäft von H. L. L. in Lichtensberg verübt. Die Verbrecher schlugen die Scheibe ein, bedrohten den Inhaber mit Pistolen und raubten für 19.000 Mark Brillantene. Die Räuber sprangen in ihr wartendes Auto zurück. Der Führer hatte kühnig den Motor laufen lassen. Auf die laute Rufe des Juweliers eilten zwar einige Passanten den Räubern nach, konnten sie aber nicht einholen. Ein Bierkutscher ergreift einen Kasten mit Flaschen und schleuberte ihn nach dem Wagen. Er traf nur die rechte Türseite. Die Räuber entkamen.

Prozess der sieben Frankfurter

In der Donnerstag-Sitzung des Janag-Prozesses gab der erste Staatsanwalt zu dem Beweisanspruch des Verteidigers des Angeklagten Sauerbrei, der die Schuld an dem Zusammenbruch des Janag-Kongresses auf Machenschaften des Allianz-Kongresses zurückführen möchte, die Erklärung ab, daß sämtliche Behauptungen dieses Beweisanspruches bereits in der Voruntersuchung pflichtgemäß und eingehend nachgeprüft worden seien. Diese Prüfung hätte die völlige Haltlosigkeit der Behauptungen ergeben. Da aber das Ergebnis einer Nachprüfung dieser Dinge wesentlich für die Strafmaßbestimmung sei und die Öffentlichkeit ein großes Interesse daran habe, erhebe er keinerlei Einwendungen gegen die erbotene Beweisüberhebung.

Der Verteidiger Sauerbrei, Rechtsanwält Fürst, hob demgegenüber hervor, daß die Angaben des Beweisanspruches, die wesentlich auf Befundungen des früheren Janag-Direktors Beder beruhten, in der Voruntersuchung keineswegs widerlegt seien. Bei den Akten befänden sich die Unterlagen von Provisionsverpflichtungen und Auszahlungen, die zu der

Erklärung des früheren thüringischen Staatsbankpräsidenten Loeb vom Mittwoch in diametralen Gegensatz ständen. Von großer Wichtigkeit in diesem Zusammenhang sei insbesondere die Vernehmung des Janag-Direktors Beder, der aus Gesundheitsgründen auf der Anklagebank nicht erscheinen kann.

Nach kurzer Beratung beschloß das Gericht, Beweis zu erheben. Die Vernehmung der von Rechtsanwält Fürst geladenen Zeugen, Professor Hahn, Direktor Godesheimer, Staatsbankpräsident Loeb und Versicherungsagent Frankel, wird am Freitag der nächsten Woche erfolgen. Der erste Staatsanwalt beantragte zu diesem Beweisanspruch, auch den Angeklagten Janag, Direktor Beder zu vernehmen und seine Vernehmungsfähigkeit durch eine ärztliche Untersuchung feststellen zu lassen. Das Gericht beschloß, den Zeugen Beder durch zwei Ärzte untersuchen zu lassen.

Schwere Strafen in einem Falschmünzerprozeß

Das Berliner Schöffengericht verurteilte gestern in dem Falschmünzerprozeß Pfister und Genossen, die sich mit der Fälschung von Postkreditbriefen, 100-Mark-Scheinen und 100-Flotz-Noten befaßt hatten, den Steindruckere Pfister wegen vollendeten und versuchten Münzverbrechens zu sechs Jahren Zuchthaus, fünf Jahren Ehrverlust und Stellung einer Polizeiaufsicht. Der Reisende Slocinski wurde wegen Beihilfe und Urkundenfälschung zu einem Jahr und drei Tagen Gefängnis, dessen Ehefrau zu drei Monaten Gefängnis und der Schneider Schwimmer zu einem Jahr sechs Monaten Gefängnis verurteilt. Die übrigen Angeklagten wurden mangels Beweisen freigesprochen.

Aus Furcht vor dauerndem Siechtum erschossen

Gestern morgen hat sich in seiner Wohnung der Direktor der Zittauer Societäts-Brauerei, Erich Wiede, erschossen. In einem hinterlassenen Briefe gibt er an, daß er die Tat aus Furcht vor dauerndem Siechtum begangen habe. Wiede litt bereits seit Jahren an einem schweren Nierenleiden, so daß sich in kurzer Zeit eine Operation als unumgänglich notwendig erwies. Er war 47 Jahre alt und seit 1915 in Zittau tätig.

Festnahme einer Einbrecher- und Terrorbande

Die Polizei in Essen nahm 13 Personen fest, die in dem dringenden Verdacht stehen, über 30 Einbrüche und Blünderungen in Konsumantaten Essens, die sich seit Oktober vorigen Jahres ereignet haben, begangen zu haben. Die Anführer der Bande sind zwei Kommunisten.

Es scheint, daß die Verhafteten auch die Terrorakte in den Vorbecker Konsumantaten im Oktober vorigen Jahres verübt haben. Obwohl die Bandenführer ihrem Leuten im Falle des Verrats mit Erschießen drohten, gelingt es allmählich doch, Licht in die Angelegenheit zu bringen.

Sarrasani's Pläne

Der durch das Antwerpener Brandunglück so schwer betroffene Zirkusdirektor Sarrasani hofft nach Unterbrechung von mehreren Tagen sein Antwerpener Gastspiel zu Ende führen zu können. Gastspiele in Gent, Lille und Paris sollen sich anschließen. Aus Dresden sind neue Kostüme angefordert worden. Mit dem Tode der schwerverletzten Elefanten muß leider gerechnet werden. Der Elefant „Brinze“, der während seiner Scherzen in einen Zeitungsgraben gesprungen war, ist seinen Verletzungen erlegen.

Flucht in den Tod

In München hat ein Chauffeur einen sechzehnjährigen Kellnerlehrling durch einen Kopfschlag getötet. Dafür nahm er sich selbst das Leben. Der Chauffeur, der früher als Untermeister bei den Eltern des Kellnerlehrlings wohnte, hatte sich an dem jungen Mann vergangen und sollte vor Gericht zur Verantwortung gezogen werden.

Explosionsunglück

Bei einem auf dem Kalischacht Volkroda (Harz) ausgebrochenen Feuer kam es zu einer Explosion. Ein Bergmann wurde getötet, drei wurden schwer verletzt. Auf dem Schacht Volkroda wird seit einiger Zeit nach Del-gebohrt.

Frankreichs rechtchaffene Jugend

Wilder Studenten stören einen Tanzdauerwettkampf. Im Wiler Hippodrom wird seit zwei Tagen ein Tanzdauerwettkampf ausgetragen. Gestern drangen Wiler Studenten in den Tanzsaal, warfen Stinkbomben und forderten, daß die für die Sieger gestifteten Geldpreise den Arbeitslosen der Gegend zur Verfügung gestellt werden. Polizei mußte die Unruhestifter vertreiben. Die Studenten kündigten jedoch an, daß sie heute in noch viel größerer Anzahl erscheinen würden, um einem grotesken und skandalösen Schauspiel ein Ende zu bereiten.

Prinzessin Sternmiete

Von G. Th. Notman.



Der Holzhafer setzte den Kasten auf ein Mandbrett und wollte dann seine Stiefel putzen. Aber, oh Schreck! als er die Hand in den Stiefel steckte, sprangen — wip — wip — die beiden Häufe heraus. Mit einem Schreckensschrei warf der Holzhafer den Stiefel von sich. Vater Langschwanz und Fritz aber waren schon im Manteloch verschwunden.



Hinter der Kupfplatte sah schon der kleine Franz. Sie überlegte, wie sie der Freundin am besten helfen könnte. „Ich habe die Gans durch“, sagte Fritz. „Dann“, antwortete der Vater, „wie bekommen wir denn den Beder her?“ „Kann mir schmeiden in der Nacht hin und sagen ein Wort in den Kasten. Dann kann Gleschen herausbringen.“ (Fortsetzung folgt.)

Ingenieur Beder ... und Deterding.

Im Jahre 1920 wurde das Hauptquartier nach Paris verlegt. Die Poutiloff-Beder-Munitions Comp. bilden die Centrale. Gründungsakte dieser Gesellschaft, die vom französischen Handelsministerium ratifiziert wurde, gibt als Zweck des Unternehmens an: „Fabrikation, Einkauf und Verkauf von Arten von Kriegsmunition, Kriegsausrüstung und Jagdwaffen“. Der eigentliche Gründer war der deutsche Ingenieur Beder aus Berlin, der einige Patente einbrachte, unter eine Explosionsgranate von besonders starker Wirkung. Unter den Direktoren sind Graf Leon von Hiltfeld Alexis Poutiloff, der frühere Besitzer der größten russischen Rüstungswerke, Etienne Sianowski, der größte russische Rüstungswerke, Mitglied des Aufsichtsrates der Royal-Dutch, von der Royal-Dutch aus führen weitere der am angeführten Petroleum-König, Sir Henry Deterding, der als großzügiger Beschützer der russischen Emigranten und Kaiserpolitik gilt.

Die jungen russischen Monarchisten verheben es für sich Propaganda zu machen. Auf dem Wege über zahlreiche Salons in Paris, unter Patzger Damen und über die Coin-Pressen, die mit Hilfe in ihren Spalten über diese Dinge berichten, besuchen über 3000 junge monarchistische Russen auf Kosten wohlhabender französischer Familien in Paris die Universität. Die „Jungen Russen“ bilden „gesellschaftliche Kreise“, bei denen auch der Zar ohne Land erscheint.

Die Raube im des Millers Hut

Das große Hauptquartier der russischen Monarchisten in Paris hat seine Unterwelt in der Rue Madame. Von hier aus werden allerlei Festlichkeiten und militärische Aufzüge arrangiert. So erst kürzlich eine Parade von 1000 hundert jungen Russen, die dem Zaren gelobten, die Befreiung von Wälder Russen marschieren zu

Unsoziales aus den Arbeitsämtern

Die Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung darf seit langem für sich in Anspruch nehmen, die unsozialste Institution Deutschlands zu sein, nicht nur gegenüber den Beschäftigten, sondern in besonderer Weise gegen ihre Angehörigen. Die Arbeitsüberlastung der Angestellten in den einzelnen Arbeitsämtern ist seit Jahren sprichwörtlich. In jeder Krankenkasse würde man leicht feststellen können, daß der Prozentsatz der erkrankten Personen im Arbeitsamt doppelt so hoch liegt, wie die Erkrankungsrate in anderen Betrieben mit Büroangestellten. Es kommt hinzu, daß bei keiner Behörde die Belastung der Angestellten so niedrig liegt, wie bei den Arbeitsämtern, da bei keiner anderen Behörde so wenig gebührende Stellen gegenüber den Stellenanforderungen in den untersten Gruppen vorhanden sein dürften, wie es bei Arbeitsämtern der Fall ist. Es ist weiter bekannt, daß die Arbeitsämter die meisten Projekte mit ihren Angestellten führen, wobei allerdings die schlechtesten Arbeitsämter — auch das ist sprichwörtlich — fast alle Projekte verlieren. Es ist eine Alltagserscheinung, daß die Arbeitsämter Personen, die jahrelang Überstunden geschunden und jahrelang an den schwierigsten und merkwürdigsten Stellen gehalten haben, rüchlos ablassen, wenn sie einmal die an sie gestellten Anforderungen nicht mehr erfüllen, sei es infolge Erkrankungen, infolge vorgeschrittenen Alters oder auch aus anderen Gründen, die nicht durch den Willen der Angestellten bedingt sind.

Keine Behörde hat auch so rücksichtslos ältere durch jüngere, viele Jahre tätige durch neue Angestellte ersetzt, Entlassungen und Rückgruppierungen vorgenommen, wie die Reichsanstalt. Alle diese Dinge sind so bekannt, als daß sie hier noch einmal betont werden müßten. — Jetzt leisten sich die Arbeitsämter, auch das Arbeitsamt Breslau, folgende Maßnahme, die nicht nur unsozial, sondern geradezu lächerlich ist.

Es wird zur Berufsberatung eine ganze Schar von Angestellten geladen, die man einer hochnotpeinlichen Prüfung unterzieht. Bei dieser Prüfung stellt man nun nicht etwa fest, ob Schulze ein zuverlässiger Köhner oder ein perfekter Buchhalter oder ein guter Stillschreiber oder ähnlich ist, solche Prüfungen würde man verständlich finden. Die wären aber auch zu einfach und zu vernünftig, um der Bürokratie zu genügen, sie wären auch vielleicht zu sozial, um unsozial zu sein, wie es eben bei einem sozialen Institut wie die Reichsanstalt sein müßte, sein muß. Man prüft also nicht Fachkenntnisse, sondern man nennt in beliebiger Reihenfolge ein halbes Dutzend zusammenhangloser Wörter oder man zeigt gewisse technische Figuren wie Hebel usw. und prüft, ob der hungernde, um die erhoffte Stellung bangende und deshalb sehr aufgeregte Angestellte diese Wörter hintereinander aufzählen kann oder nicht. Ebenso prüft man, ob der Angestellte eine Anzahl von Preisfestsetzungen im Gedächtnis zu behalten vermag u. a. m. Die Prüfungen sind so albern gegenüber Menschen, die viele Jahre im Berufe stehen und deshalb keine Schlingensignaturprüfung zu machen brauchen, daß man an dieser Stelle kaum darüber zu sprechen nötig hat. Die ganze Maßnahme bedeutet aber eine außerordentliche Ungerechtigkeits- und Brutalität gegenüber den Arbeitslosen. Man stelle sich einmal vor, ein Mensch, der viele Jahre in gewissen Stellungen tätig war, verliert aufgrund wirtschaftlicher Gehehnisse diese seine Stellung. Er wird jetzt nur noch vorübergehend beschäftigt und zwar wird er überall nach wenigen Tagen oder Wochen wieder abgebaut. In Mittelnähe davon man ihn ab, so die Herren Arbeitsämter, darunter auch die Behörden, keine Verträge mit sozialen Verpflichtungen (Einkaufsrecht, Abfertigung, Tarifvertragsanspruch u. s. f.) eingehen wollen und deshalb die Leute immer nur kurzfristig beschäftigen. Solch ein Mensch wird allmählich an sich selber irre. Menschen hat schon das aus solcher Behandlung entstehende Minderwertigkeitsgefühl dazu getrieben, diesem Jammer ein Ende zu machen. Man stelle sich nun vor, daß ein so entmutterter, an sich selbst zweifelnder Mensch beim Arbeitsamt den Auftrag bekommt, sich zur Eignungsprüfung zu melden. Er ist ein billigerer Buchhalter, vielleicht hat er die allergeringsten Anforderungen geleistet und auf dem exponiertesten Posten allen Anforderungen genügen können. Jetzt prüft man ihn, wie ein Stillschreiber, auf seine Eignung geprüft wird und nachher bescheinigt man ihm, daß er ungeeignet sei und zwar ungeeignet für eine mechanische Büroarbeit, die das Arbeitsamt bereit war, nach Gruppe 4 des Angestelltenvertrags zu bezahlen, d. h. nach einer Gruppe, in der anderswo die Büroarbeiten, Abschreiber oder ähnliches entlohnt werden. Das ist brutal, das ist unsozial und dabei aber zugleich.

Wir erfahren hierzu, daß die Berufsorganisation, der Zentralverband der Angestellten, bereits Schritte eingeleitet hat, um diesem Unsitte zu steuern. Ebenso wird uns vom JdA mitgeteilt, daß die Hauptverwaltung des JdA in Berlin in einer längeren Denkschrift gegen die Überanstrengung des Personals und gegen die viel zu niedrigen Messstufen für die Beschäftigung von Angestellten Beschwerde bei der Reichsanstalt eingereicht hat. Aber auch aus Orte müssen wir fordern, daß alles getan wird, um den bestehenden Unzulänglichkeiten schnellstens ein Ende zu bereiten.

Der Segen einer Gewerkschaft

Aus der Reichsanstaltigkeit des 3. d. J.

Es ist ganz selbstverständlich, daß in einer an arbeitsrechtlichen Differenzen so reichen Zeit wie der heutigen die Inanspruchnahme der Rechtsabteilung sowohl zum Zweck der Beratung und Ausfertigung als auch zur Prozessführung in andernem Maße begriffen ist. Einige Zahlen sollen dies belegen.

In den ersten neun Monaten d. J. wurde von der Rechtsabteilung der Hauptgeschäftsstelle des J. d. A. in 900 Fällen Rechtschutz gewährt, während die Geschäftsstellen im Reich 3411 Prozesse zum Austrag brachten.

Als finanzielles Ergebnis konnten erzielt werden: 57.371,10 RM durch Vergleich und 415.597,85 RM durch Urteil. Dagegen betrug d. h. durch gütliche Vereinbarung keine weitere ein Betrag von insgesamt 193.574,40 RM eingekassiert werden.

Diese Zahlen zeigen, daß durch die Tätigkeit der Rechtsabteilung des J. d. A. den Mitgliedern nahezu eine Million Reichsmark erhalten werden ist. Dabei stellt die Führung des Prozesses erst den kleineren Teil der Gesamtarbeit der Rechtsabteilung dar. In den ersten 8 Monaten des gleichen Jahres wurden nämlich nicht weniger als 77.782 Rechtsansprüche sowohl von der Hauptgeschäftsstelle wie von den Geschäftsstellen der Ortsgruppen erfüllt.

Erfolgreicher Abwehrkampf im Baugewerbe

Im Baugewerbe wollten die Unternehmer der Bezirkskassabau, Kewapow, Caspari, Wilschütz und Garand, wo die Lohn- und Arbeitsbedingungen seit Jahren durch den Vergleichsvertrag Groß-Berlin geregelt wurden, diesmal selbsttätig den Arbeitern durch Inflations- und Lebenskostenerhöhungen höhere Löhne durchsetzen. Der Arbeiterverband am 23. November und der Mitarbeiter am 27. November blühten

arbeiten. Nach einem sieben Wochen lang musterhaft geführten Abwehrkampf kam es zu einem Schiedsspruch, wonach für die strittigen Vertragsgebiete die Berliner Lohnsätze zu gelten haben. Der Abwehrkampf ist damit erfolgreich zugunsten der Arbeiter beendet worden. — Für Baden hat der Schlichter die Löhne entsprechend der Notverordnung auf den Stand vom 10. Januar 1927 festgesetzt.

Arbeiterentlassungen im Bergbau

Die von der Bergbaugruppe Hamborn der Vereinigten Stahlwerke angemeldete neue Entlassung von Bergleuten und Angestellten wurde am Mittwoch von der zuständigen Regierung genehmigt. Insgesamt gelangen neuerdings wieder 1200 Bergleute und 70 Angestellte zur Entlassung.

— und bei der Reichspost

Im Oberpostdirektionsbezirk Berlin sollen bis zum März 1000 Telegraphenarbeiter entlassen werden. Einem Teil der Arbeiter wurden die Kündigungen bereits zugestellt. In den anderen Oberpostdirektionsbezirken des Reiches werden ebenfalls 1000 Telegraphenarbeiter zur Entlassung kommen, so daß die Zahl der Telegraphenarbeiter im ganzen Reich sich um zweitausend verringern wird.

Stilllegung eines Kruppbetriebes

4500 Arbeiter ohne Beschäftigung

Die Friedrich-Alfred-Hütte in Rheinhausen (Krupp-A.G.), die stark unter Auftragsmangel leidet, wird ab 16. Januar stillgelegt werden. Von der Stilllegung werden etwa 4250 Arbeiter betroffen. Inzwischen hat die Leitung der Hütte den Arbeitern gekündigt. In einer Bekanntmachung der Firma wird jedoch der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß etwa am 8. Februar wenigstens zum Teil die Arbeit wieder aufgenommen werden kann.

Der Weltkrieg zwischen Gläubigern und Schuldner

von Kurt Heinig

Die Weltmarktpreise sind bis Ende 1931 gegenüber dem Durchschnitt von 1925 bis 1929 um fast 40 Prozent gefallen, das ist nahezu doppelt soviel als jemals in einer Periode des stärksten Preisturges der letzten 60 Jahre.

Institut für Konjunkturforschung.

Seht man die deutsche Industrieproduktion des Jahres 1928 mit 100 an, so fiel der Produktionswert im Jahre 1931 auf 86 und im September 1931 (die jüngste verfügbare Zahl) auf 66, mit anderen Worten ein Drittel des industriellen Lebens in Deutschland ist stillgelegt.

Baseler Sachverständigenrat.

Sicher ist richtig, daß alles, was heute um uns herum vorliegt, was das wirtschaftliche Schicksal der Völker und die soziale Lage der breiten Massen in Deutschland bestimmt, außerordentlich komplizierte Zusammenhänge hat. Aus tausend Fäden knüpft sich das Gespinnst. Da laufen Verhandlungen zwischen dem Bankenkommisariat und den Banken um die Herabsetzung der Zinssätze, daneben verhandeln die deutschen Bankiers mit den ausländischen Finanzleuten um die Weiterbefassung der diesen geliebten Geldes das Deutsche Reich wird demnächst in Kaufman mit seinen Kriegsschuldengläubigern verhandeln und diese Staaten verhandeln wegen ihrer Kriegsschulden untereinander und wollen mit Amerika verhandeln. In Deutschland wird mit Notverordnungen regiert in England ist man in die Inflation hineingegangen, viele andere Länder mühten auf dem gleichen Wege mehr oder weniger freiwillig folgen — die ganze Welt steht wie ein Tollhaus aus. Um das alles zu verstehen, muß man sich einfache Grundlinien der Erkenntnis ziehen. Zulezt handelt es sich in der ganzen Welt heute um drei Tatsachen, die vor wenigen Jahren zueinander paßten oder doch mindestens zueinander zu passen schienen, während sie heute sich gegenseitig stoßen, ja sogar ausschließen. In eine ganz einfache Formel gebracht, war es so, daß es der Welt in der Wiederaufbauphase der Nachkriegszeit am besten ging, überall wurde den steigenden Löhnen entsprechend gehorcht und verborgt. Die große Belastung aus dem Weltkrieg durch Kriegsschulden wurde als nicht untragbar betrachtet.

Seither sind die Weltmarktpreise im Zeitraum von wenigen Jahren um rund 40 Prozent gefallen. Vergleicht man sie mit der jetzt vergangenen Hochkonjunktur von 1928, so haben sie sich sogar halbiert. Die Produktion ist zurückgegangen in Deutschland ist ein Drittel des industriellen Lebens stillgelegt, in anderen Ländern steht es ähnlich aus. Der Außenhandel der 48 wichtigsten Länder der Welt ist gegenüber 1928 um rund 41 Prozent zurückgegangen. Der Export der Vereinigten Staaten ging in der gleichen Zeit um 54 Prozent zurück, der Außenhandel Englands um 47 Prozent, der Außenhandel Deutschlands um 29 Prozent.

Die Schuldner, die alle am Krieg beteiligt gewordenen Länder während des Krieges gemacht hatten und die Deutschland nach der Inflation neu auferlegte Kriegsschulden blieben als hypothetische Belastung ohne Anknüpfung an die Sachverhältnisse aller wirtschaftlichen Verhältnisse gleich groß. Alles, was wir oben aufzählten, vollzog sich im wesentlichen nach dem Abbruch des Finanzplanes, der in seinen Grundzügen im Sommer 1929 gestaltet wurde. Das Schicksal der Kriegsschuldengläubiger, die im besonderen auf Europa laßt, ist, daß ihr Gegenwert nicht mehr existiert. Er lag in der Zeit oder lag in außereuropäische Länder und drehte dort zur Industrialisierung. Bei einer normalen Hypothek trägt der geliehene Betrag aus sich die Verzinsung und die Tilgung. Die Zinsen und die Tilgung der Kriegsschulden sind aber Leistungen für einen Gegenwert, der nicht mehr existiert.

Auch alles das, was gehorcht und verborgt wurde, hat sich der Produktionsrückgang und dem Niedergang des Außenhandels der Welt und dem Sturz der Warenpreise nicht angepaßt. Auch die Schrottkasse, die heute nicht rauchen, sind Kapital, deren Zinsen gezahlt werden sollen, ohne daß diese in Produktionsmittel umgewandelt Kapitalien arbeiten. Dazu kommt, daß im besonderen Deutschland nach dem Kriege sehr viel Kapital zur Wiederaufbau braucht. Deutschland war die Sparkasse für die ganze Welt, weil es aus Not hohe Zinsen zahlte. Wenn ein kleiner Sparer 20 Mark zur Sparkasse bringt, so bleiben sie dort nicht liegen, bis er sie wieder abholt. Sie müssen arbeiten, denn sonst könnten sie sich nicht verzinsen. Wir hatten 1925 auf den deutschen Spar- und Girokassen rund

Für die kulturelle Betreuung der jugendlichen Erwerbslosen

ist nunmehr mit der Bereitstellung größerer Mittel bestrebt. Die notwendigen Bewilligungen über die Höhe der zuzustellenden Mittel und über die Verwendungsvorschläge in Kürze gefaßt werden. Wer schnell gibt, gibt doppelt.

Sechsstundentag bei den amerikanischen Eisenbahnen

In den Vereinigten Staaten wollen die Eisenbahnen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit den Sechsstundentag einführen. Die dem allgemeinen Eisenbahngewerkschaftsbund angeschlossenen Verbände haben erklärt, eine Lohnkürzung von 10 Prozent nur als Teil eines allgemeinen Programms für die Wiedereinstellung von einer halben Million arbeitsloser Eisenbahner in Frage kommen könne. Die Einführung soll durch Einführung des Sechsstundentages möglichst werden.

Das Exekutivkomitee der Bergarbeiter-Internationalen setzte sich auf seiner Tagung im Internationalen Arbeiterkongress Genf u. a. mit einem Antrag der schwedischen Erdbergarbeiter, der eine besondere Berücksichtigung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der Erdbergarbeiter im Reich der Bergarbeiter-Internationalen verlangt. Dem Antrag wurde die Vervollständigung einer bereits laufenden internationalen Enquete über die Bedingungen dieser Arbeiter empfohlen. Nächste ordentliche Kongress der Bergarbeiter-Internationalen wurde für die Zeit vom 2. bis 5. August in London einberufen. Er soll zu den Ergebnissen der wirtschaftlichen Beratungen des Völkerbundes und zur internationalen Angleichung der Arbeitsbedingungen im Kohlen- und Erdbergbau Stellung nehmen.

Das Exekutivkomitee wird am Sonnabend mit der Vorbereitung der bevorstehenden Konferenz des Völkerbundes beginnen und in einer Entschließung gegen die Verzögerung der Ratifikation des 74-Stunden-Abkommens Front machen.

2,5 Milliarden Spareinlagen und Ende Oktober 1931 11,2 Milliarden Mark. Dieses Geld ist weiter gewonnen zu arbeiten. Es wurde sich in Hypotheken für den Staat in kommunale Pfandbriefe zur Finanzierung großer Gemeindeforderungen. Wenn heute alle Leute zur Sparkasse laufen, um Geld wieder zu verlangen, müssen Schwierigkeiten eintreten, denn für Hypotheken und Pfandbriefe, die dann verkauft werden müssen, wird es zumal ohne Verlust nicht soviel Käufer wie gesucht werden.

Aber im Jahre 1931 hat es in der ganzen Welt ein Mark auf die Sparkassen gegeben! Am 18. Mai 1931 die Oesterreichische Kreditanstalt zusammen, weil ihr die frischen Kredite, im primitiven Sinne die internationalen einlagen, entzogen wurden. Am 13. Juli 1931 mußten deutschen Banken und Sparkassen für einige Tage ihre Türen schließen, auch sie konnten nicht alles zurückzahlen, was Gläubiger von ihnen verlangten. Am 20. September 1931 die englische Regierung erklären, daß sie Pfundnoten nicht in Gold umzuwechseln könne.

Was heute vor sich geht, ist ein Weltkrieg zwischen Gläubigern und Schuldner. Die Produktion und der Konsum sind geschrumpft, die Vermögen, die im wesentlichen aus anderen sind als Gläubigeransprüche, mehren sich noch gegen Schrumpfung, dennoch werden sie folgen müssen. Wie sieht die Jahresbilanz der Sparkasse Deutschlands aus? Die Basler Sachverständigen haben eine Rechnung gemacht, sie ergibt das folgende Bild:

In Millionen Reichsmark:	
Exportüberschuß für das Jahr (geschätzt einschließlich Dienstleistungen und Sachlieferungen)	3000
Zuanspruchnahme der auswärtigen Kellern deutscher Banken	1300
Kreditkonten und andere Kredite (einschließlich der Kredite von den Zentralbanken und der BIZ)	1200
Bon der Gold- usw. Reserve der Reichsbank entnommen	1700
	7200
Reparaturen bis zum 30. Juni	3000
Zinsen und normale Tilgung auf Deutschlands auswärtige Verbindlichkeiten (geschätzt)	1000
Saldo: abgezogenes Kapital	2200

Danach hatte Deutschland im Jahre 1931 an Kriegsschulden und privaten Schulden, Zinsen und Tilgungen insgesamt 2,5 Milliarden Mark zu zahlen. Aus seinen Außenhandelsüberschüssen hat es drei Milliarden verdient. Die Rechnung wäre also glatt und sogar mit einem kleinen Überschuss zugunsten Deutschlands ausgegangen. Aber infolge des allgemeinen Weltmitleidens gegen jeden Kredit künftigen wies die Gläubiger ihre Einlagen in Deutschland. So wurden rund fünf Milliarden Mark Kapital zurückgezogen. Das Geld konnte nur aus dem Weltmarkt werden, das die Reichsbank aus ihrem Weltmarkt heimliche Beträge abgab, daß die Privatbanken aus ihrem eigenen ablieferen und daß die Reichsbank und das deutsche neue Kredite aufnehmen.

Was diese nüchternen Zahlen und einfachen Zusammenhänge in der Wirklichkeit bedeuten, hat im vergangenen Jahre einzelne in Deutschland schwer genug erlebt. In der Welt die Verzweiflung jedem Hanswurst nach, der ihnen das Wort verleiht. Ans Politische überliest heißt das Aussehen der Welt mit dem Nationalsozialismus und mit dem Romantismus. Die sozialdemokratische Aufgabe ist es, im Wirtschaftlichen und im Durchhalten der politischen Weltanschauung eine Linie nicht zu verlassen. Sie verlangt die notwendige Schrumpfung der Vermögen, nachdem Produktion und Konsum ein Drittel niedriger wurden. Die Vermögensbesitzer sind sich gegen diese notwendigen Verluste, sie versuchen, daß durch Hochhaltung der Preise herbeigekämpft werden. Die Staaten, die unsere Kriegsschuldengläubiger sind, wollen begreifen, daß auch diese Ansprüche schrumpfen müssen, wenn sie aber auch deshalb, weil ihre eigenen Kriegsschulden nicht schrumpfen.

So ist die Front unserer Entscheidungen in Wirklichkeit und einfach. Man darf sie sich nur nicht verwirren lassen, es gilt nicht nur Entscheidungen für heute und morgen, sondern für die Zukunft hinein zu gestalten.